

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1206.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 208.

Donnerstag, den 7. September 1905.

10. Jahrgang.

Keine Rentensucht.

Eine ärztliche Autorität über die „maßlose Rentensucht“ der Unfallverletzten. Ein Urteil von größter Bedeutung für die Bewertung der Rentenentschädigungen bei Nervenkranken infolge Unfallverletzungen wurde jüngst in einem ärztlichen Gutachten anerkannt ersten Autorität auf dem Gebiete der Nervenheilkunde Geheimen Medizinalrat Professor an der Universität Dr. A. G. in Berlin abgegeben.

Stintziger Franz P. erlitt am 12. September 1902 einen Verwundungsfall dadurch, daß ihm ein etwa 2 Pfund schweres Maurerlot auf den Kopf gefallen ist. An den Folgen der Verletzung wurde P. von Herrn Dr. W. bis zum 4. Januar 1903 und darauf wegen Neurasthenie in der Poliklinik des Herrn Professor Dr. W. behandelt.

Die Untersuchung und Begutachtung durch Dr. P. fand zu einer Zeit statt, in welcher P. von Herrn Dr. W. wegen der Unfallfolgen ärztlich behandelt wurde. Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft wurde beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung unter Ueberrückung eines ärztlichen Gutachtens von Herrn Dr. A., welcher eine Reihe nervöser Störungen feststellte und auf Grund dieser die Erwerbseinkünfte auf 40 Prozent schätzte, Berufung eingelegt und beantragt, eine 40prozentige Rente zu gewähren.

Im September 1904 läßt die Berufsgenossenschaft P. von dem Nervenarzt und Privatdozenten Herrn Dr. G. untersuchen. Dieser äußert sich dahin, daß der augenblickliche Zustand des P. sich gebessert habe. „Gegenüber dem Befunden von Dr. A. und Professor Dr. G. ist das Bittren der linken Hand und des Gesichtes nicht mehr wahrzunehmen, und die durch das Bittren der rechten Hand verursachte Störung in der Gebrauchsfähigkeit der rechten Hand eine relativ geringe ist, und eine Pulsbeschleunigung nicht mehr besteht.“

Gegen diese Entscheidung wurde Rekurs eingelegt. Im ersten Verhandlungstermin vor dem Reichsversicherungsamt wurde geltend gemacht, daß bei P. eine Besserung nicht eingetreten sein könne, denn seit November 1904 ist P. wieder in ärztlicher Behandlung des Herrn Dr. W. Das Reichsversicherungsamt beschloß weitere Beweiserhebung, eventuell die Einholung eines Obergutachtens. Das Reichsversicherungsamt hörte zunächst den behandelnden Arzt Herrn Dr. W. Der selbe konstatierte, daß „das Bittren des Gesichtes und beider Hände rechts bis bedeutend stärkerer Intensität bestände; ebenso bedeutende Pulsbeschleunigung bei der geringsten Anstrengung. Von größerer Bedeutung sei indessen, daß die Intelligenz P.'s seit dem Unfall ganz erheblich nachgelassen habe. Er hatte nicht nur keine eingetretene

Besserung für vorhanden, sondern es ist eine wesentliche Verschlimmerung der Unfallfolgen zu verzeichnen.“ Die Erwerbseinkünfte sei mithin auf 66 2/3 Prozent zu schätzen.

Die Erwerbseinkünfte sei mithin auf 66 2/3 Prozent zu schätzen. Nach dem Sachverständigen den erhobenen Untersuchungsbesund festzustellen, heißt es: „Gibt man den vorstehend geschilderten Komplex von Erscheinungen mit erheblich zurückliegenden Befundmaßnahmen (s. P. mit einer eigenen in dem Gutachten vom 25. Februar 1903) zusammen, so muß man notwendig zu der Ueberzeugung gelangen, daß nicht entfernt eine Besserung, sondern im Gegenteil eine entschiedene Verschlechterung des Gesamtbefundes seit jener Zeit erfolgt ist. Die Verschlechterung gibt sich kund in... (folgt die Aufzählung der einzelnen Symptome, denn heißt es weiter:) Auf so viele Einzelsymptome, in denen sich eine fortschreitende Verschlimmerung des Krankheitsprozesses befindet, wähe ich kein einziges zu nennen, das im Sinne einer Besserung oder Rückbildung irgendwelcher Verwertung gestattet. Es leidet vielmehr auch dieser Fall wieder, gleich unzähligen ähnlichen, mit schlagender Deutlichkeit, wie große Vorsicht bei der Bewertung von Unfallfolgen — zumal wenn es sich um (selbst dem Anschein nach leichtere) Körperverletzungen handelt — nicht bloß in der allerersten Zeit, sondern noch Monate nach dem Unfall geboten ist, und wie die langsam sich entwickelnden Sekundärwirkungen auf das Nervensystem oft weit über das nach den bestehenden Anzeichen angenommene und erwartete Maß hinausgehen. Das Unzutreffende der neuerdings so beliebt gewordenen Schlagworte von den Ueberreibungen und maßlosen Ansprüchen der Unfallverletzten, der „Rentensucht“, der „Notwendigkeit des Zwanges zur Arbeit“ durch Rentenverleugung usw., wird auch durch dieses Beispiel erwiesen. Nicht ohne innere Zweifel und Bedenken habe ich vor zwei Jahren die damalige Rentenschätzung der Erwerbseinkünfte auf nur 25 Proz. beantragt, in der Annahme, daß Kläger noch befähigt sei, leichtere Arbeiten zu ebener Erde auszuführen und diese Arbeiten auch längere Zeit zu vollziehen. Das Schiedsgericht hat schon damals das Richtige getroffen, indem es (in seiner Entscheidung vom 20. März 1903) die Herabsetzung der Erwerbseinkünfte auf 40 Proz. bewertete.“

Seine Erhöhung der Erwerbseinkünfte seit jener Zeit anzunehmen, liegt nicht der mindeste Grund vor. Nach dem was wir nur die Zeit seit Ende September 1904 berücksichtigen und s. P. das von Dr. G. erstattete Gutachten zum Vergleich heranziehen, so erweist sich, daß von einer wesentlichen Besserung nicht die Rede sein kann. Ich halte allerdings nicht für ausgeschlossen, daß es sich dabei nur um vorübergehende Schwankungen des Zustandes handelt, wie sie ja bei Unfallverletzten — und bei Nervenkranken — überhaupt — ohne nachweisbare Ursache zu erwarten sind. Aber das bösartige Verhalten des Klägers, ist aus diesen Gutachten nichts Näheres zu ersehen. Namentlich in letzterer Beziehung erscheint dagegen das Gutachten des Dr. W. (19. April 1905), der den Kläger seit dem 13. September 1902 in Behandlung hatte und ein festes „geistiges Zurückgehen“, eine Verblöschung bei ihm feststellte, von unwiderlegter Bedeutung.“

Soweit das Gutachten. Der erkennende Senat des Reichsversicherungsamtes schloß sich diesem Gutachten an, indem er eine eingetretene Besserung nicht für erwiesen erachtete, der Zustand vielmehr derselbe, wenn nicht ein schlechterer sei — und erteilte die Berufsgenossenschaft zu der Aufhebung des Urteils des Schiedsgerichts — zur Weiterzahlung der Rente von vierzig Prozent auch über den 1. Oktober 1904 hinaus.

Hier hat sich in nicht mißzuverstehender Weise einer der hervorragendsten Gelehrten der Nervenheilkunde über das Un-

sinnige der fast in letzter Zeit so beliebt gewordenen Methode bei der Entschädigung von Unfallverletzten die Ablehnung oder geringe Rentengewährung damit zu motivieren: daß es sich um „maßlose Rentensucht“ der Verletzten handle und der „Zwang zur Arbeit“ das „beste Heilmittel“ für solche Verletzte sei, ausgesprochen.

Eine Ansicht, die schon längst in Latein wie auch in Kretzfeldern gehegt wurde, die indessen gegenüber der „Kretzfeldpunkt“ sich nicht durchbringen konnte. Wir wollen dringend im Interesse der Verletzten wünschen, daß die Aeußerung des Herrn Geheimen Medizinalrats Professor Dr. G. den weitesten Widerhall und Beachtung finden möge; besonders bei den Instanzen, die berufen sind, über die Rentenansprüche zu entscheiden.

Militär Heberkeit.

Nicht an der russischen Grenze liegt die deutsche Stadt Thorn, in welcher am 7. September eine Reichstagsnachwahl stattfindet. Aus dieser Stadt stammt auch folgendes Telegramm:

Thorn, 5. September. Die gestern Abend im polnischen Museum einberufene polnische Wählerversammlung ist wegen Ueberfüllung des Saales zweimal aufgelöst worden. Bei der zweiten Auflösung half Militär, welche die Menge auf der Straße mit aufgepflanztem Bajonett auseinandertrieb.

Ein Militär mit aufgepflanztem Bajonett auseinander getriebene Wählerversammlungen — das ist ungefähr das Bild, welches man sich von den nächsten Damawahlen in Rußland macht. Und wir kommen diesen Zuständen immer näher! Das Telegramm sagt nichts von Ueberfüllung der Versammlung und darauf erfolgtem militärischen Eingriff. Hoffentlich geben die Wähler morgen die passende Antwort.

Verdiente Prügel.

Herr Arnim, Mitglied des Reichstages, schreibt dem „Berl. Tagebl.“: Die in Nr. 447 des „Berliner Tageblatts“ mitgeteilte Darstellung über die Verhaftung des Herrn... ist unrichtig, nicht wiederzugebende Bemerkung gemacht, woraufhin der Kapellmeister der Kapelle mich gehässig und unedelweis geschlagen habe, ist unklar. Wahr ist vielmehr, daß ich der Kapellmeister der Kapelle bin, der die Bestrebungen der Sozialdemokratie verteidigte, in Rücksicht auf seine Stellung auf das Unzulässige seiner Handlungsweise aufmerksam machte, woraufhin derselbe mich tätlich angriff. Ich bin ihm übrigens daraufhin nicht schuldig geblieben.

Das ist ja noch schöner. Mit dem Hinweis auf seinen Brotkorb hat Arnim einen anderen Menschen in seiner Gesinnung knechten wollen. Da hat er die Prügel reichlich verdient. Und da die Zuschauer nur gesehen haben, wie er verholzt wurde, dürfte er nicht viel zum Wort gekommen sein.

Eine allgemeine Wurzeltätigkeit.

Während die Fleischnot im Lande, entgegen den Prophezeiungen des Herrn Capobus war ganz verblüfft ebenfalls aufgeföhren, sagte dann aber schnell als ein Mann von Takt, der die richtige Sachlage erkennt:

„Offenbar war Ihnen die Zigarre zu schwer. — Warten Sie, warten Sie, ich zeige Ihnen den Weg. — Aber warum nehmen Sie denn das Paket mit?“
„Weil ich weg muß. Entschuldigen Sie — ich — ich —“
„Nach, mit einem Blick voller Haß starrte er Capobus an und unterdrückte die Worte, als wenn er sie gewaltsam verschluckte.“
„Gehen wollen Sie? — Gehen? — Sie — Sie fürchten wohl meine Auseinandersetzungen?“

Da machte Daniel ein paar Schritte vorwärts und ließ heiser heraus:
„Was wissen Sie von Gewissen? Sie? — Ich weiß es. Ich — der —“

„In einem Krampf hielt er inne und machte wirre Bewegungen mit der Hand, als wenn er sich selbst Halt suchte. Eine Sekunde standen sie so die beiden Männer gegenüber, da fiel Daniels Blick auf das Bild des Christus am Kreuz, das gerade über Capobus hina, der dunkelrot vor Wut, mit offenem Mund, als müßte ihn im nächsten Augenblick der Schlag treffen, da stand, die dicke Zigarre noch in den kurzen Fingern haltend.“

„Ach Gott, was hast du für eine Welt geschaffen!“ schrie Daniel und brach in ein furchtbares Lachen aus.
„Sie sind betrunken“, leuchtete Capobus.
„Offenbar —“ erwiderte Daniel, noch immer lachend, riß die Tür auf und stürzte dann auf die Straße.

„Offenbar, ich bin betrunken oder verrückt“, dachte er, während er, ohne den Hut aufzusetzen, sich den Regen auf den Kopf prasseln ließ. Mit großen Schritten stürzte er weiter, wie jemand, der ein eiliges Geschäft zu besorgen hat. Er achtete nicht auf den Weg, nur, als er in eine Straße geriet, auf der noch Lärm und nächtliches Treiben herrschte, bog er instinktiv wieder in eine stille Gasse ein. Der Wind, der ihm die scharfen Regengüsse ins Gesicht trieb, tat seinem inneren Aufbruch wohl. Verwundert sah ihn die wenigen die Straße passierenden und die Nachtwächter, die unter Lärmbogen vor dem Unwetter Schutz gesucht hatten, nach, wie er dahinjagte, als wenn ihm die Verfolger im Nacken säßen, mit bloßem Kopf, das in Zeitungspapier gewickelte Paket unter dem Arm haltend.

Blühlich fand er vor einer großen Fähr, wo die Straße ein Ende hatte. Die Gaslaternen warf ihr gelbliches Licht auf die tieflige schwarze Mauer, auf die zerbrochenen Fensterscheiben, hinter denen unbeschreibliche Schichten verwitterter Spinnweben hingen. Es roch nach giftigen Chemikalien.

(Fortsetzung folgt.)

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Segeler.

631 (Nachdruck verboten.)

Frau und Kinder aßen Milchsuppe und nachher Butterbrot, während Capobus sich mit seinem Gast in ein Kaffeeblet teilte. Er aß in der Tat einen gottgegneten Appetit, eine Art Rausch schien ihn beim Essen zu überkommen, und sein Gesicht wurde immer röter. „Hör Dir das Fielet auch nach Wunsch, Vater?“ fragte die Frau, ängstlich auf seinen Teller schielend.

„Ja, ja, ich dachte, es wäre recht gelungen.“
„Sehr gut, Frau Pastor, ausgeglichen“, sagte Daniel zerstreut.
„Ja. Bloß — sag mal, ist eigentlich saure Sahne an der Sauce?“

„Ein kleines Restchen.“
„Ja, warum denn nicht mehr?“
„Ich konnte Pheunds nicht mehr kriegen.“

„Ja, hm, das ist aber recht bedauerlich. — Du weißt doch, daß ich gern Sahnenlauge mag. Ach — mit verfluchten Pheunden wandle er sich plötzlich an Daniel — „meine erste Frau verstand Sauerampferlauge! Ueberhaupt — was die Küche anging, war die Entschlafene — hm, eigentlich unerschlich.“

Zum Schluß des Essens wurde wieder gebetet. Darauf zogen sich die Herren ins Wohnzimmer zurück. Vorher trug Capobus seiner Frau noch auf, eine Flasche Viehbräuhmilch auf Eis zu stellen.

„Sie verstehen doch einen guten Tropfen zu würdigen?“ wandte er sich an Daniel. „Sind Sie übrigens Raucher?“

Als dieser bejahte, holte er aus einem kleinen Wandschrank eine Kiste.
„Da habe ich nun — was Extrafeines. Eine kleine Liebesgabe bei Gelegenheit einer Laufe. — An das gottlose Bild dürfen Sie sich nicht stoßen. — Ah, das ist der echte Duft der Savanna!“ sagte er, seine Kiste in die geöffnete Kiste steckend.

Er ließ jetzt ein Döcher mit der Junge an, in diesem Zustand schwerfälliger Verdauung, und sein Kopf war rot wie ein glühender Kessel.

Einige Augenblicke verank er in andächtiges Schwärmen, während der Duft dieser echten Henry Clay seinen spiegelblanken Schüssel umwirbelte.
„Stellen Sie den Wein nur dahin“, wandte er sich an das eintretende Mädchen.
Er schenkte ein und ließ sich mit Daniel an.
„Ja“, machte er, seine Junge umwendend — „das ist ein Tropfen, den — hm — ja, ja, ja — muß man mit Verstand genießen. — Und nun, lieber Antsbruder — er lehnte sich weit in den Stuhl

zurück, während seine Augen plötzlich wie zwei kleine böshafte Tiere aus ihren Höhlen sprangen — „lassen Sie uns von unserem teuren Getreuen sprechen. — Ist es nicht eine Schmach und Schande, daß man ihn seiner göttlichen Majestät an entkleiden sucht? Daß von der Kanzel herab solche schamlosen Fälschungen gepredigt werden? Aber — Gott läßt sich nicht spotten.“

Mit harrem Blick, während Edel und Verweisung über ihm zusammenfliegen, sah Daniel ihn an. „Wäre es nicht besser, ich machte mich frei von meiner Last?“ dachte er. Aber so oft hatte er diesen Voratz gefaßt, daß er selbst nicht mehr daran glaubte. „Und doch muß man leben!“ schloß ihm durch den Kopf. „Aber wie kann ich noch leben? Wo ist ein Ausweg? Herrgott, zeig mir eine Rettung!“

Ein Gefühl grauenvoller Leere ergriß ihn, als wenn rechts und links der Boden unter seinen Füßen versank und er von gähnenden Abgründen umgeben wäre.

„Schmeckt Ihnen die Zigarre nicht?“ fragte Capobus, verwundert über seine merkwürdige Miene.
„Doch, gewiß, ja, sehr gut.“

„Warum lassen Sie sie denn ausgehen?“
„Ist sie aus? — Ich war ganz in Gedanken.“
„Meine Worte haben Sie wohl erst gestimmt? Sie sind auch darnach angelassen. Wer zu mir kommt, dem schenke ich reinen Wein ein. Deshalb halte ich auch mit meiner Meinung über Ihren Bekannten nicht hinterm Berg.“

„Gibt es nicht mehrere Wege, zu Christus zu gelangen?“
„Nur einen Weg des Heils gibt es! — Das Recht der freien Auslegung will ich gern aufgeben, solange sie sich an die heilige Schrift hält. Aber was Ihr — Ihr Freund behauptet, daß hat mit der Bibel nichts mehr zu tun. Das könnte eher im Katechismus der Sozialdemokraten stehen. Hat er nicht neulich gepredigt, Gott wäre der Vater aller Menschen? Ist das nicht die gemeinste Lüge? Wo bleibt denn da die Buße und die Erweckung? Kinder Gottes sollen die Menschen sein? Kinder des Jorns sind sie. Kinder des Teufels. An die Brust sollte sich der Sünder schlagen und in dem Stand verken: „Herr Gott, erbarme Dich meiner, ich bin nicht wert, daß ich Dein Sohn heiße. Mache mich als einen Deiner Tadelöhner!“

„Das sollten wir allerdings tun“, murmelte Daniel düster. „Buße sollten wir tun und Einkehr halten.“ Wenn mir nur jemand sagen könnte, ob ich einer bin wie der“, dachte er verzweifelt. „Ich muß mich einem Menschen anvertrauen.“

Wählich rauschte ein Regenguß gegen das Fenster und er fuhr auf. Im Nu war die Vorstellung der nächtlichen Straße in ihm erwacht, der Dunkelheit, der gereinigten Wasserfluten. Ein unbeschreiblicher Drang trieb ihn hinaus.

„Entschuldigen Sie“, murmelte er, „wenn ich gehe.“

von Hobbielakt, wachst, wird von den Behörden unermüdlich in „Erhebungen“ gearbeitet. Es werden dadurch unendliche Schreiberarbeiten nötig; es wachst die nationale Aktienproduktion, wodurch vielleicht der Papierindustrie ein erneuter Aufschwung gegeben wird. Aber dem Fleischmangel wird durch diese papierne Betriebsamkeit natürlich nicht abgeholfen. Von einer wunderbaren Statistik berichtet ein Telegramm aus Thon:

Auf Anordnung der Reichlichen Regierung müssen jetzt die Guts- und Gemeindevorstände schleunigst Nachweisungen über die gegenwärtig in den ländlichen Haushaltungen vorhandenen Bestände an geackertem Schweinefleisch, Schinken, Würst und anderem Fleisch durch die Landratsämter einreichen.

Diese allgemeine Würstzählung bringt wenigstens etwas Abwechslung in die ländlichen Haushaltungen sowie in die trockenen Bureauarbeiten der landrätlichen Hilfsarbeiter, denen bei ihrer schlechten Bezahlung hoffentlich nicht das Wasser zu sehr im Munde zusammenläuft, wenn sie appetit-reizende Schinken- und Würststatistik aufarbeiten haben.

Abnahme der Schweinefleischschlachtungen. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ hat bei den Direktionen von 40 der größten Schlachthöfe im Deutschen Reich angefragt, wie viel Schweine im August dieses Jahres gegenüber dem gleichen Monat des vorigen Jahres geschlachtet worden sind. Die Antworten, die das Blatt erhalten hat, liefern den zahlenmäßigen Beweis, daß in allen diesen Städten die Zahl der geschlachteten Schweine stark zurückgegangen ist. In einzelnen großen Städten, zum Beispiel in Breslau, Nürnberg, München, beträgt die Abnahme der Schlachtungen im August dieses Jahres sogar 30 bis 40 Prozent.

In den 20 größeren Städten wurden nach Angabe der Schlachthofdirektionen geschlachtet:

	im August 1904	im August 1905
Berlin	79,642	75,380
Hamburg	26,210	23,013
Breslau	12,935	9,327
Magdeburg	7,510	6,664
Königsberg i. Pr.	6,111	4,761
Stettin	6,511	5,692
Köln	12,568	10,528
Düsseldorf	7,452	5,611
Dortmund	4,583	3,409
Eisen	4,917	3,672
Ebersfeld	5,345	4,050
Warren	2,668	2,373
Karten	2,957	2,262
Chemnitz	5,983	4,792
Blauen	2,723	2,144
Wieslau	2,004	1,631
Frankfurt a. M.	11,019	10,271
Mainz	4,361	3,557
München	17,890	14,194
Nürnberg	13,656	8,670

Das sind in einem einzigen Monat trotz wesentlich höherer Einwohnerzahl und geringeren Schlachtgewichts der Tiere 292,602 gegen 237,015, also **34,413** Stück Schweine weniger.

„Gegenüber der Feststellung dieser Tatsache“, meint die „Fleischzeitg.“, „werden hoffentlich die Versuche der Agrarier, die Viehknappheit zu lehren, endlich verstummen.“ Da kennt das Blatt die Ethik des Agrarkonservatismus recht schlecht. Man wird in den konservativen Blättern einfach von der Feststellung gar keine Notiz nehmen und dafür aus irgend einer zuverlässigen Statistik nichts beweisende Zahlen herausnehmen, die man, falls sie nicht den gewünschten Zweck erfüllen, obendrein noch etwas korrigiert; oder man wird sich zum Beweis dafür, daß eine Ueberfülle von Schweinevieh vorhanden ist, wieder darauf berufen, daß in irgend einem Neß in Ostpreußen, Pommern oder Posen kürzlich auf dem Schweinemarkt einige gar zu jämmerliche Vorstentiere keine Käufer gefunden haben. Das Eigeninteresse hat bei den Agrariern längst jede Logik und jede Ehrlichkeit zerstört.

Ueber den Aufrüst in Deutsch-Ostafrika wird dem „Tag“ aus Dar-es-Salaam vom 2. September noch gemeldet:

Der Aufrüst im Lindibegir hat sich weiter verbreitet. Die Rebellen überfielen die Missionen Lukulebi und Massaki. Sämtliche Europäer von dort sind in Mikindani angelangt. Aufständische bei Nyangao überfielen die dortige Mission; die Schweizer Kasernen wurden verbrannt, die anderen Weissen sind getötet. Die nächste Umgegend Kitwas ist von Feinden verfallen. Südlich Kiswera schlug der den Deutschen treugehörige Numbi (Südlich Kiswera) Hassan Duka aufständische Waqinda, welche 15 Tote zuzückließen. Der südliche Teil des Mwanabegir ist auch vom Aufrüst ergriffen. In beiden Zeiten des Aufrüsts sind alle Fremden überfallen, viele ermordet worden. Die Verbindung mit Masenge ist noch nicht wieder hergestellt.

Es ist erreicht. In die Mitteilung von der Gründung eines „Dienstboten-Verbandes“ in Göttingen knüpft das agrar-katholische Organ des Rhein. Bauernvereins, die „Rhein. Volksstimme“ folgende offene Bemerkung:

„Wir haben zwar Gott sei Dank das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter noch nicht, so daß in der ersten Theorie der bedrohten Landwirten gesetzliche Handhaben zu finden, den Verband zur Veranlassung zu bringen. Dieser Landwirt aber würde, falls die unglücklich klingende Nachricht sich bewahrheiten sollte, in der Praxis das Bagatel unternehmen, solche zwangsweise von ihren Koalitionsgehilfen zurückgebrachte Dienstboten wieder auf seinen Hof aufzunehmen? Ist es doch jetzt, ohne Koalitionsrecht, schon keine Seltenheit, daß ein ländlicher Arbeiter, dem etwas in seinem Dienste nicht nach Willen geht, dem Bauer das Zeug vor die Nase wirft. (Schredlich! Red. d. Volksst.) Es würde dem Bauer auch schlecht bekommen, einem solchen aufständigen Menschen sein Vieh auch nur eine Stunde länger anzuvertrauen. Während also eine berufliche Vereinigung der ländlichen Arbeiter mit der Tendenz, dem Dienstherrn ihre Verbindungen vorzuschreiben zur Zeit gesetzlich nicht zulässig ist, wird es im praktischen Leben keinen Landwirt einfallen, sich berechtigten Forderungen seiner Dienstboten zu widersetzen. Er gibt nach, soviel er kann, und sind die Ansprüche gar zu unbedeutend, dann läßt er den Dienstboten schon von selbst gehen, ohne den Versuch zu machen, ihn gegen seinen Willen zu halten. Wozu also ein Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter?“

Die lieben Leute! Nur glaubt ihnen ihre Betenerungen niemand. Erfreulich ist die Offenherzigkeit, mit der die fromme „Tageszeitung für alle christlichen Berufsstände“, wie sich die „Rh. Volksstimme“ bezeichnet, das Ver-

einigungsrecht der Arbeiter bekämpft, aber selbst davon den ausgiebigsten Gebrauch für die „Herren“ macht. So denken alle Unternehmer-Zentrums-Christen, nur sagen sie das nicht so frei heraus, weil sonst die armen Schächsen von Arbeiter frugig werden könnten. Wahrlich, die Arbeiter, die dem Zentrum noch nachlaufen, bebauern wir aufrichtig.

Die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Volksschulen beschloß die bremische Lehrerschaft mit 273 gegen 48 Stimmen durch eine Eingabe beim Senat und der Bürgerschaft zu beantragen.

Im übrigen sind diesem Antrag bereits die Wege geebnet, da es in Bremen schon seit langer Zeit üblich ist, daß die Kinder den Konfirmanden-Unterricht des Heillichen, dessen Wahl den Eltern freistellt, zwei Jahre lang besuchen.

Die Landtagswahl für den städtischen Wahlkreis Neustadt-Dörtheim mußte bekanntlich aufgeschoben werden, weil sie trotz einer großen Reihe von Wahlgängen stets erfolglos blieb. Sie hat nun am Montag stattgefunden, ist aber wiederum resultatlos verlaufen, da jede Partei an ihrem Kandidaten festhielt. Erster-Neustadt und Bischof-Dörtheim (lib.) erhielten 64, Erlentw.-Neustadt (Chr.) und Freiher. v. Daller (Soz.) je 56. Abwahl-Neustadt und Lehmann-Freinsheim (Bund der Landwirte) je 18 Stimmen. Nachdem auch der 16. Wahlgang sein Ergebnis gebracht hatte, hat der Wahlkommissar die Wahl auf den 16. November vertagt.

Kein Erlaß gegen die Soldatenmißhandlungen. Der „Tag“ und der „Berliner Volksanwäger“ haben kürzlich die auch von uns verzeichnete Mitteilung gebracht, der Kriegsminister von Einem habe „an sämtliche Regimentskommandeure der Armee“ einen Befehl gegen die Soldatenmißhandlungen erlassen, nach welchem „den Mannschaften die strengste Weisung zu erteilen ist, jede Mißhandlung von Seiten eines Vorgesetzten auf dem vorgeschriebenen Wege sofort zur Anzeige zu bringen.“

Wie der „Schl. Rta.“ dagegen von kompetenter Stelle mitgeteilt wird, ist ein derartiger Erlaß nicht erlangt. **Gegen die Fleischsteuerung** veranstalteten die Sozialdemokraten in Hamburg und Umgegend am Montag 16 öffentliche Protestversammlungen, die außerordentlich zahlreich besucht waren. Es wurden Resolutionen angenommen, in denen die Regierung aufgefordert wird, mit der Agrarpolitik zu brechen, und der Senat ersucht wird, im Bundesrat auf die Dämpfung der Grenzen hinzuwirken.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Ankerst ist bekanntlich wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten die Untersuchungshaft verhängt und ein Steckbrief erlassen worden. Jetzt teilt sein Blatt, die „Gazeta Strazjaka“, mit, daß ihr Verleger sich auf Reisen begeben habe und im September zurückkehren werde, um sodann die ihm schon früher subskribierte Gefängnisstrafe anzutreten. Im Oktober beabsichtige er, der gegen ihn eingeleiteten Hauptverhandlung vor dem Großen Senat beizuwohnen. Ankerst habe dem Gericht seinen Aufenthaltsort angegeben und gleichzeitig zwei ärztliche Atteste beigelegt, in denen über einmündig erklärt wird, daß er wegen Erkrankung mindestens zwei bis drei Monate der Ruhe bedürfe.

Die größten Krankenkassen. Von den am 1. d. d. größten Ortskrankenkassen des Reichs befinden sich drei in Berlin und je eine in Leisnig, München, Dresden, Frankfurt, Stuttgart, Chemnitz, Braunschweig und Charlottenburg. Die größte Kasse ist die in Leisnig mit 154,807 Mitgliedern. Auf die Kassen in München und Dresden mit je etwa 96,000 Mitgliedern folgt die Ortskrankenkasse für Kaufleute in Berlin mit 90,442 Mitgliedern. Die Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M. hat 82,000, die Allgemeine Ortskrankenkasse in Berlin 77,887 Mitglieder. Es folgen die Allgemeinen Kassen in Stuttgart mit 65,000, Chemnitz 53,000, Braunschweig 38,000, München 32,000, und Charlottenburg 29,000 Mitglieder. Die Ortskrankenkasse für Schneider in Berlin hat 28,850 Mitglieder. — Die größten Krankenkassen in Preußen sind die Ortskrankenkasse für Kaufleute mit circa 16,000 und die Fabrikarbeiterskrankenkasse mit 8000 Mitgliedern.

Ausland.

Die Krise in Ungarn. Der leitende Ausschuss der vereinigten Linken hat beschlossen, bei der Koalition zu beantragen, daß die derzeitige Regierung in den Aufnahmestand versetzt werde, und demgemäß ein Subkomitee von sieben Mitgliedern zur Abfassung des Aufnahmestandes ernannt.

Aus Rußland. Der russische Admiral Nebogatow hat dem „Bureau Herald“ zufolge seine Familie benachrichtigt, daß er dauernd im Auslande bleiben will. — Das neue russische Pressegesetz soll am nächsten Ende dieses Monats in Kraft treten.

Der Kampf gegen die Niederwerfung des Proletariats durch Militär soll in Zukunft in Italien seitens der sozialistischen Partei systematisch geführt werden. Auf Vorschlag Ferris nahm die Generalversammlung der Arbeiterkammern, die am Sonntag in Mailand saß, folgende Beschlüsse an: In Rom wird ein ständiges Nationalkomitee gebildet, welches die Aufgabe hat, im Falle von Meutereien, wie die von Gramscio, sofort große Demonstrationen der Volksmassen und eventuell den Generalstreik in die Wege zu leiten. In der den Beschluß beabsichtigenden Resolution heißt es, daß die Demonstrationen und Manifestationen des Proletariats, insbesondere die Streiks, die eine Waffe der Arbeiter im Klassenkampf sind, von einer Zentralkasse aus geleitet werden müssen.

Streikmotive hat es, nach bürgerlichem Telegramm, am Montag in Ponto-a-Neuville (Frankreich) gegeben, wo ein Zusammenstoß zwischen Aufständigen der Soldaten und Truppen stattgefunden hat; ein Pentanant, ein Feldwebel und vier Gendarmen wurden durch Steinwürfe verletzt. Der Direktor der Werke hat sich entschieden, diese zu schließen.

Weiche Kulturträger! Chinesische Einrichtungen scheinen nachherde zu Sensationschauvieren für die anwesenden Europäer geworden zu sein. Inmitten wurden in Canton 7 Chinesen durch den Strang hingerichtet, während ein adler, dessen Beizehen, den Rebellen Waffen geliefert zu haben, eine erhöhte Bestrafung gefordert hätte, mit dem Schwertschwert geköpft wurde. Eine gewalttätige Menschenmenge hatte sich um den Schauplatz eingefunden, darunter Europäer mit Rodas bewaffnet, um die Schauerzugen aufzunehmen, und sogar Damen, die ebenfalls ihre Apparate brachten. Einer dieser begehrteten Weissen hatte den Haken befestigt, sein Schwert im Augenblick der Hinrichtung ein Weichen über dem Haupt des armen Sünders erhoben zu halten, damit der Photographierende dadurch ein genügend klares Bild bekomme. Es war ein schönerlicher Publikum, das Nichtschmerz eine ganze Zeitlang in der Schwere über dem Opfer zu sehen. Derselbe Europäer kaufte nachher dem Haken das Schwert, mit dem die Hinrichtung geschah, und mit ihm, daß dieser es erst nach dem Blute reinigte. Dergleichen wurden die Strafe, mit denen die Uebelthäter erwischt worden waren, von Europäern auf der Stelle angekauft. So berichtet der „Hongkong Daily Express“, dem wir diese Schilderung entnehmen.

Partei-Angelegenheiten.

Die Aufstellung eines Parteisekretärs beschloß die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg. **Als Reichstagskandidaten** für den zweiten Wahlkreis vertrat, der aber 1905 an die Nationalliberalen verloren ging, schlägt die Wahlkommission den Genossen Franz Ender-Magdeburg mit 31 von 34 Stimmen vor. Die drei übrigen Stimmen fielen auf Polatzky-Widau. Genosse Albrecht ist bekanntlich imwischen von dem Wahlkreis Selbe-Wahlkreisen in den Reichstag gewählt.

Arbeiterbewegung.

Der Trades-Union-Kongress in England. Am 4. September beginnt in Hanley die Tagung des 38. Gewerkschaftskongresses. Die Zahl der eingeladenen Anträge und Zulassungsanträge ist ungefähr hundert. Sie behandeln Arbeiterrecht, Gewerkschaftsrecht, innere Organisationsfragen, Geschäftsordnung und Schulwesen. Eine der wichtigsten Fragen ist die Zusammenfassung der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen. Die britische Arbeiterschaft hat jetzt drei Hauptorganisationen:

1. Den Kongress der Gewerkschaften, dessen Organ das Parliamentsarbeits-Komitee ist und die Aufgabe hat, den Kongress zu organisieren und die von ihm angenommenen Beschlüsse zu verwirklichen. 2. Die General-Abderation der Trades-Union, die nur ein einzelnes Zusammenwirken der Gewerkschaften erzielen will. 3. Das Labour Representation Committee, das eine politische Arbeiterpartei ist. Diese Organisationen arbeiten jede für sich, halten ihre Kongresse besonders ab, haben ihre besonderen Beamten und Bureaus. Und dennoch haben diese Organisationen dieselben Mitglieder. Es liegen nun drei Anträge vor, die drei Organisationen zu verschmelzen. Werden die Anträge angenommen, so könnten zwar die Trades-Unionen einen ausgesprochenen politischen Charakter erhalten, aber die politische Arbeiterpartei würde eine Gewerkschaftspartei werden, die politisch im Parlament mit den Liberalen zusammenarbeiten würde. Mehrere Anträge beschäftigen sich mit der bereits dreimal vom Parlament verworfenen Gewerkschaftsreform. Sie verlangen die Wiedereinbringung der Bill. Dann kommen Anträge über Ausdehnung und Verbesserung der Arbeiterschutzgesetze, über die Einführung des Achtstundentages, über die Festsetzung von Mindestlöhnen in Staatswerkstätten, über Altersrenten u. dgl. Erwähnenwert ist folgender Zusatzantrag zur Geschäftsordnung: „Kein Delegierter darf den Kongress ohne die Einwilligung des zweiten Vorsitzenden verlassen. Delegierte, die ohne die Einwilligung des Vorsitzenden während einer ganzen Sitzung abwesend sind, sollen vom Vorsitzenden öffentlich getadelt werden.“ Der Kongress dauert sechs Tage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. September 1905.

Rußland in Oberschlesien.

Der Kampf der Beuthener Arbeiter um ihr staatsbürgerliches Recht, sich zur Erledigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gleich allen anderen Staatsbürgern versammeln zu dürfen, ist in ein neues Stadium getreten. Wie schon berichtet, wurde am vergangenen Sonntag eine Mitglieder-Versammlung des Bergarbeiterverbandes aufgelöst, weil nach Meinung des überwachen Beamten zu viele Besucher saßen. Heute können wir von einer neuen Selbsttat der Rostberger Polizei berichten. Seit letzten Sonntag ist sie jede im vorliegenden Berichtungslokal der Arbeiter stattfindende Versammlung gleich nach Beginn auf, einerlei wie viele Besucher erschienen sind. Die erste von diesem Schicksal betroffene Versammlung war eine am letzten Sonntag stattgehabte, von etwa 40 Personen besuchte Holzarbeiter-Versammlung. Und ihr folgten am Sonntag sowohl die für den Vormittag geplante Volksversammlung, in der Genosse Bensch referieren sollte, wie ein halbes Dutzend für den Nachmittag in einstündigen Abständen angeordnete Bergarbeiter-Versammlungen. Der Grund dieser rigorosen Maßnahme? Niemand kennt ihn! In der Volksversammlung vom Sonntag Vormittag erklärte der überwachende Beamte, nachdem Genosse Bruhns dem Referenten Bensch schon das Wort gegeben hatte, das Lokal sei nicht vorchriftsmäßig eingerichtet. Auf die Frage des Genossen Bruhns, inwiefern das nicht der Fall sei, erklärte der Beamte: „Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, das müssen Sie selbst wissen.“ Und er fügte hinzu: „Ich löse die Versammlung auf.“ Der wiederholten Aufforderung des Genossen Bruhns, den gesetzlichen Grund der Auflösung zu nennen, oder ihm zu sagen, was nicht vorchriftsmäßig in dem Lokale sei, entgegnete der Beamte stets: „Das habe ich nicht nötig!“ Ruhig, wenn auch tief erbittert, folgten die zahlreich erschienenen Arbeiter der Aufforderung des Genossen Bruhns, nach Hause zu gehen.

Zu den Nachmittags und Abends anberaumten Bergarbeiter-Versammlungen erschienen hunderte von Besuchern, die mit Inzorn im Herzen, wenn auch äußerlich ruhig, sich immer und immer wieder wie Schutlungen auflösen und aus dem Lokale schiden lassen mußten. Einmal, Abends um 9 Uhr, gelang es dem Einberufer, Genossen Scholtyski, die Vertagung der Versammlung auf eine halbe Stunde anzukündigen, ehe der Beamte dazu kam, die Auflösung auszusprechen. Als nach Ablauf der Vertagungsfrist Scholtyski wieder versagte, löste der Beamte trotzdem die Versammlung auf und als die Versammelten sich nicht entfernten, ließ er unter Mithilfe von fünf anderen Beamten alles aus dem Lokale heranstreifen.

Daß eine gesetzliche Berechtigung zu dem unerhörten Vorgehen der Rostberger Behörde nicht vorliegt, braucht kaum ausgeführt zu werden. Selbst wenn das Lokal nicht vorchriftsmäßig eingerichtet wäre, hätte die Behörde die Pflicht, dem Einberufer der Versammlung, bezw. dem Inhaber des Lokals mitzuteilen, was da fehlt und zunächst die Änderung zu verlangen, ehe zum äußersten Mittel, zur Auflösung, zu schreiten ist. Aber das Lokal ist ja vorchriftsmäßig eingerichtet und die Rostberger Behörde selbst hat das in einer Urkunde vom 18. August d. J. bescheinigen müssen, hat ja auch eine ganze Reihe von Versammlungen schon stattfinden lassen, ohne jenen Einwand zu erheben.

Wie ein derartiges Vorgehen auf die Arbeiterschaft in Beuthen, Rostberg usw. wirkt, das haben sich die Rostberger Polizeigewaltigen sicher nicht klar gemacht, sonst würden sie wahrscheinlich etwas anders handeln. Wir sind natürlich nicht der Meinung, die am Sonntag von Arbeitern vielfach ausgesprochen wurde, nämlich, daß es darauf ankomme, die Arbeiter in ihrer Erbitterung zu irgend einer Gewalttat zu treiben, etwas „passieren“ zu lassen, das zu der Notwendigkeit führe, das Lokal aus Gründen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gemäß Bestimmungen des Preussischen Landrechts, ganz zu schließen. Ein solcher verbrecherischer Gehalt kann von preussischen Beamten nicht gehegt werden. Aber es ist bezeichnend für die Stimmung der Arbeiter, daß sie auf solche Mutmaßungen überhaupt kommen können. Erfreulich ist uns daran nur, daß das Vorhandensein solcher Meinungen die beste Garantie dafür abgibt, daß die gerechtfertigte Erbitterung eben nicht zu jenen Dummheiten führen wird, die ja nach der Meinung der Arbeiter von gewisser Seite gerade gewünscht werden.

Wir begrüßen nach einer anderen Richtung hin die Wirkung jener politischen Drangsalierungen. Sie schaffen nämlich gerade durch ihre schwere Verletzung des Rechtsgefühls der Arbeiter ein Interesse für unsere Sache, wie es ein halbes Jahr ungeschörter Versammlungsmöglichkeit nicht schaffen konnte. Man muß nur beobachten haben, wie sich auch die sonst Gleichgültigsten erregten angesichts der den Arbeitern zu teil werdenden Behandlung, wie sie bereit, zu

Katoliken werden, um zu wissen, daß die Hunderte, die man am Sonntag in der gekürzten Weise „behandelt“, in den nächsten Tagen und Wochen ihre Erblüterung wie ihre Ueberzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache vielen hundert anderen, den Versammlungen ferngebliebenen Arbeitern mitteilen werden. In diesem Sinne können wir in der Tat sagen, daß die Hochberger Postzeitung in der furchtbaren Weise, nicht bloß gang unferthilich, für uns arbeitet, ein Leben, eine Bewegung, ein Interesse an der Sozialdemokratie in die dortigen, bisher so trägen Arbeitermassen getragen hat, wie wir selbst es bei allem Eifer nicht fertig brachten. Ja, es leben unsere Freunde, die Feinde!

Der Papst mit Musik.

In einem heißen Blatte war kürzlich folgendes Inserat zu lesen, das als klassisches Dokument des Geschäftskatholizismus niedriger gehängt zu werden verdient. Die Spekulation auf die Frömmigkeit ist hier so naïve geschäftlich behandelt, daß sich gewiß Leute mit „genügend religiösem Sinn“ finden werden, um „bei guter Provokation“ in Heiligkeiten zu reisen. Das Inserat lautet:

Vertreter

in allen Städten und größeren Dörfern gesucht!

Seitens einiger maßgebenden Herren wurde bekanntlich angeregt, in allen katholischen Familien und Instituten eine lebenswahre Statue Sr. Heiligkeit Papst Pius X. zu verbreiten. Die unterzeichnete Firma hat dieser Anregung unter Aufwand beträchtlicher Kosten Folge geleistet und eine Statue in Metallverfertigung mit mechanischem Musikwerk! hergestellt, welche unvergänglich sich der Generation hält und Preisveränderungen kann. Zweck sozialwirtschaftlich werden sollen! Bei guter Provokation geeignete Persönlichkeiten gesucht, welche in den betreffenden Orten und Bezirken mehrere Jahre in katholischen Kreisen bekannt sind, tabellösen Vermögen besitzen, möglichst reisefähig sind und für die Sache genügend religiösen Sinn haben. Ausführl. Offerten sind sogleich zu richten an die Firma W. D. Wittenberg.

Was das „mechanische Musikwerk“ Erbauliches spielt, ist nicht gesagt. Kirchenlieder oder „Der Papst lebt herrlich in der Welt“? Oder gar einen sinnhaften Walzer oder Cafe-Walz?

Lohnbewegung.

Die Schirmmacher der Firma W. Machefes u. Comp. haben gleichfalls Lohnforderungen gestellt, die ohne Streit bewilligt wurden. Der mit der Firma Moritz Lewy für den ersten November vereinbarte Tarif ist bei Machefes sofort zur Einführung gelangt. Die Lohnerhöhung beträgt 10 bis 15 Prozent.

Ein Nachspiel zum Maschinenarbeiter-Streit.

Soll dem Bevollmächtigten gekündigt werden und warum? So lautet das Thema, das in der am Dienstag im Gewerkschaftshaus stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung des Holzarbeiter-Verbandes verhandelt worden ist. Schon bei der Beendigung der Auslieferung in der Holzbranche wurde die Verwaltung beständig angegriffen und mit fortwährender Entlastung bedroht, denn man beschuldigte sie, den von den Unternehmern aufgewungenen Kampf zum Nachteil der Arbeiter zu sehr beendigt zu haben. Die Wogen gingen sehr hoch. Eine Fortsetzung dieses grausamen Spieles folgte in der Versammlung vom 31. v. M. Es wurden der Verwaltung, besonders dem Bevollmächtigten Peiser, die bösesten Worte ins Gesicht geschleudert und einzelne gingen so weit, von Verrat an den Arbeitern zu sprechen. Unbedeutend mußte ein anderes System eingeführt und der Bevollmächtigte abgesetzt werden. Alle die von Brosig, Dietrich, Peiser vorgebrachten Gründe verfehlten damals ihren Zweck. Es wurde in jener Versammlung ein Antrag mit Mühe durchgesetzt, die Kündigungsfraße auf die Tagesordnung einer späteren Versammlung zu setzen. Diese Versammlung fand nun am Dienstag statt. Die Teilnahme an derselben war eine äußerst starke, der Saal war von 1000 Personen gefüllt, auch eine ziemlich Anzahl Frauen war anwesend. Kollege Brosig stiegerte in kurzen Zügen die Vorgänge vor und nach dem Streit; Peiser seien vorgekommen, das bestreite niemand, wer aber behaupten und beweisen, daß die Verwaltung die Schuld trage, daß Peiser die Interessen der Mitglieder vernachlässigt habe! Peiser habe stets seine Schuldigkeit getan und sei mit Aufopferung seiner ganzen Kraft für die Interessen der Kollegen eingetreten. Es sei eine Ungerechtigkeitsfrage, einen Einzelnen für die Fehler verantwortlich zu machen und ihn vor die Tür zu setzen. Wer könne daran Freude haben, nur die Arbeitgeber, für diese sei es vorteilhaft, wenn die Arbeiter unter sich uneinig sind. Diesen solle man kein Schauspiel liefern. Was sei ihm (Brosig) nicht alles gesagt worden, er solle zu den Christlichen oder Pöbel-Dundern gehen, für den Verband sei er verbraucht. Wenn er sich auch eine große Reputation bewahrt habe, so schmerzen ihn doch solche unverständigen Worte. So dürfe man nicht gegen Kollegen vorgehen, die sich im Klassenkampf erprobt haben. Wenn auch die Circumstanzen durch den Streit keine großen sind, Fortschritte sind doch gemacht worden, niemand könne für die Verhältnisse, die sich in einem Streit entwickeln, verantwortlich gemacht werden, und darum sollten die Kollegen besonnen handeln. Als heftige Gegner Peiser traten nur zwei Kollegen auf, Rinke und Krause, sie blieben dabei, daß Peiser an allem Schuld habe und die Schuldigen büßen müsse. Rinke versicherte sich soweit, zu behaupten, man wäre auf Stimmentausch ausgegangen, eine Bemerkung, die große Enttäuschung in der Versammlung hervorrief, es mußte Rinke das Wort entzogen werden. Bluntke drückte sein Bedauern darüber aus, daß die Verwaltung abgehalten werden mußte, eine Kritik sei erst berichtigt gewesen, ohne Fehler sei niemand, aber nun soll damit Schluss gemacht werden und Friede einlegen. Er ist dafür, daß Peiser sein Amt weiter verwaltet. Peiser bemerkte, Fehler seien gemacht worden, aber auf Peiser dürfe man keinen Stein werfen. Dittke lächelte an, Brosig habe ihn nicht überzeugt, Fehler seien begangen worden, die Hauptschuld aber trage der Vertreter des Hauptvorstandes, der die Arbeiter als sein Spitzel betrachte hätte. Er habe die Mitglieder sozusagen hypnotisiert. Gerade Peiser zu umbringen halte er für unerschrocken, Peiser habe immer seine Pflicht getan, er habe als Idealist gegolten. Die Kollegen sollten sich damit selbst einen Faustschlag ins Gesicht versetzen. Die Kollegen sollten nur an allen Verhandlungen so lebhaft teilnehmen wie heute, das würde eine Freude sein. Die Verwaltung habe erst jetzt durch die Ausrückung die Feuerläufe empfangen, sie werde jetzt gekühlt sein. Es sprachen sodann noch die Kollegen Fuchs, Blau und Arman, die alle sich gegen die Kündigung aussprachen. Blau betonte mit einem Hinweis auf Krause, daß die schärfste Kritik von Mitgliedern ausgehe, die sich eben erst zum Verbande gemeldet haben. Die Abstimmung war eine geheime. Die Frage: Soll dem Bevollmächtigten gekündigt werden? wurde von 815 Stimmen mit „Nein“ mit 135 Stimmen mit „Ja“ beantwortet. Sonach bedeutet die Abstimmung für Peiser eine ehrenvolle Rehabilitation, die auch mit Beifall begrüßt wurde.

Eisenbahn-Zusammenstoß.

Dienstag Abend gegen 9 1/2 Uhr fuhr auf Bahn Hof Peisiretscham ein Güterzug an ein besetztes Gleis und ließ auf einen anderen Güterzug. Die Lokomotive und neun Wagen des ersten Güterzuges sind entgleist und sperren drei Gleise. Der Lokomotivführer, der Führer und der Zugführer sind verletzt worden. Der Materialschaden ist bedeutend. Kräfte und Hilfspersonal waren sofort herbeigeeilt.

„In dem Van der Köpplischen Marktstalle in Breslau werden jetzt die vorbereitenden Schritte getan. Klärtliche Gebäude, auf den der Stadt Breslau gehörenden Grundstücken Heilige Geistsstraße Nr. 1 bis 9, Sandstraße Nr. 11 und Gartenstraße Nr. 27/29 werden vom Magistrat zum Abbruch öffentlich angeschrieben.“

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Tapezierer-Verband.** Auf Anregung der Filiale Breslau unternimmt der Verband der Tapezierer zur Zeit Ermittlungen nach Tapeten und Vorlen, welche leicht färben, sehr säuben, aber welche während der Verarbeitung keinen von Giftigkeit nachweisen, d. h. deren Verarbeitung Unwohlsein, stehenden Kopfschmerz, Erbrechen, sowie völlige Vergiftung hervorruft. Zur heutigen Tapetenfabrikation werden nämlich ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der in Frage kommenden Personen, Arsenik, Blei, Kupfer usw. verwendet. Es wird hiermit die Bekanntmachung des Hauptvorstandes aus Nr. 15 des Korrespondenz-Blattes in Erinnerung gebracht, die jeden Kollegen verpflichtet, Proben derartiger Tapeten und Vorlen an unterzeichnete Filiale und Adresse zu senden, damit nach angefertigten Ermittlungen weitere Schritte unternommen werden können.

Filialverwaltung Breslau.

J. M.: Albert Pache, Al. Fürstenstr. 21, IV.

*** Mähtung, Bauarbeiter.** Die Verhandlungen zwischen Vertretern des Bauhilfsarbeiter-Verbandes mit Herrn Maurermeister Jankowsky haben zu einer Verständigung geführt. Derselbe gewährt seinen Arbeitern von Sonnabend, der 9. September ab, eine Lohnzulage von 3 Pfg. Die Kollegen beschließen in einer Zusammenkunft, sich damit einverstanden zu erklären. Die Lokalverwaltung.

*** Der Zimmerer-Verband** feiert am kommenden Sonnabend im Gewerkschaftshaus sein 22. Stiftingstfest, worauf wir hierdurch besonders hinweisen.

Aus Schlesien und Posen.

Waldenburg, 6. September. Ein Schilbbürger-Klecken eigener Art passierte dem Gefanaenauffseher Müller von hier. Der wegen schweren Diebstahls im hiesigen Gerichtsgelände sitzende Arbeiter Pöfller überredete den Aufseher, daß er im Walde auf den Buttenbergen eine große Summe Geldes vergraben hätte. Er würde das Geld holen und dem Aufseher einen Teil davon geben, wenn er ihn auf ein paar Stunden aus dem Käfig herauslasse. Unbegreiflicher Weise ging der Aufseher auf den Reim und ließ den Schatzgräber „auf ein paar Stunden“ am 15. Juli heraus. Selbstverständlich kam er nicht mehr wieder und hat sich auch bis heute noch nicht fangen lassen. Der Aufseher erhielt von der Strafkammer neun Monate Gefängnis für seinen Schwabenstreich.

Leure Gurken bekommt in Rudolfsbach ein Gartenliebhaber zu kosten. Derselbe verlor beim Gurkenziehen seinen Geldbeutel mit 14 Mark Inhalt. Der Eigentümer des Gartens, der das Geld des Vorgesand fand, soll über den Diebstahl nicht sehr traurig sein.

Glogau, 6. September. Verunglückter Motorfahrer. In voriger Nacht stürzte der Kaufmann Hans Kumpf aus Neusalz, der sich mit seinem Motorrade zu einer launischen Versammlung nach Glogau begeben hatte, auf der Rückfahrt in der Nähe des Mühlertor mit seinem Fahrzeug so unglücklich, daß er auf der Stelle tot war. Mit zertrümmerten Schädelbedeckung wurde er nach 2 Uhr aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht.

Kosel, 2. September. Die Anlage eines Starbeneds für die Oder bei Kotel-Randgrün wird hier von behördlicher Seite erwogen, mit welchem ein doppelter Zweck verbunden werden soll: Nämlich der Regulierung des Wasserstandes des Flusses sollen die bei Ausflutung des Bedens gewonnenen Sandmengen der Kohlenindustrie nutzbar gemacht und für das mehr von den Grundbesitzern in Anwendung kommende Sandversohr-Epildverfahren benützt werden. Zu diesem Zwecke wird der Bau einer normalnutrigen Schleppebahn von der Stelle des anzulegenden Bedens nach dem Industriegebiet geplant.

Neustadt, 5. September. Wenn wir doch nur einen größeren Saal hätten, wenn den Vortrag doch lieber 500 hätten hören können, wenn Sie nur einmal ein Vierteljahr hier bleiben könnten, mit diesen Herrenwünschen reagieren die Genossen von hier auf den Vortrag des Genossen Veus-Dessau, als derselbe letzten Montag 2 1/2 Stunden lang unter nimmer ermüdender Spannung und hinnehmender Unmerklichkeit von den mehr als 200 Versammelten angehört worden war, um die letzten Ursachen des elenden Lebens der Menschen, die da arbeiten, mit Berücksichtigung der teuren Fleischpreise darauf aufmerksam gemacht, daß es freilich nicht ausreicht, zu wissen, daß es das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die daraus resultierende Ausbeutung und die Selbstsucht der herrschenden Klasse sei, welche das Elend der Arbeiterklasse erzeugen, sondern daß es vor allem not tue, Taten der Organisation zu vollbringen, der Organisation in Gewerkschaft, Genossenschaft, Parteiverband und Presse, denn von der Organisation der herrschenden Klasse sei gar nichts zu erwarten, wenn auch noch tausendmal mehr Redaktionen und Pastoren christliche Nächstenliebe predigten. Redner legte auch sehr instinktuiv das Wesen der Kirche dar, die mit Religion gar nichts zu tun habe. Die Genossen seien Agitatoren einer Vereinfachung, die im Interesse der Arbeiterklasse ausgeht werde. Ihre Ehehaftigkeit sei keineswegs etwas Heiliges, sondern etwas aus rein agitatörischem Grundem Geschaffenes. Wenn Paulus sage, heiraten sei gut, nichtheiraten besser, so stehe das zwar in der Bibel, sei aber doch gründlich falsch. Wenn nichtheiraten besser sei als heiraten, müsse der Priester ja seine eigene Mutter verdammen. Zweifellos sei heiraten besser als nichtheiraten, aber die katholischen Priester dürften nicht heiraten, damit sie ganz unabhängige Agitatoren ihrer Gelfertworte sein könnten. Redner legte auch eingehend dar, wie falsch es sei, wenn die Arbeiter sich durch Unterschleife in der religiösen Ueberzeugung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete spalten ließen. Das liege nur im Interesse der Besitzenden. Die wahre Religion d. h. die gefühlsmäßige Hingabe an das Unerkennbare, deutlich unter Begriffsvermögen Uebersteigende, greife die Sozialdemokratie in keiner Weise an. Auch diese Ausführungen fanden unter den fast nur katholischen Zuhörern die lebhafteste Teilnahme. Die ganze Versammlung, die nach Ausnahme einer geharnischten Resolution gegen die Freisinnigkeit mit einem stillschweigenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde, machte ganz den Eindruck, daß, wenn in solcher Stadt ein tüchtiger Arbeiterkretze, Gewerkschaftsbeamter oder Parteisekretär angestellt wäre, und die herrlichsten Früchte der Agitation zu sehen. Redner für unser Meer sind zu hunderten und tausenden da. Was fehlt, das sind Lehrer und Führer. Aber vorläufig geht es auch schon vorwärts, denn die Begeisterung unserer in Neustadt an der Spize stehenden Genossen ist eine wahrhaft große, die an die Zeiten erinnert, welche an anderen Orten schon bis vorangige Jahre zurückliegen. Es ist zu hoffen, daß

diese Lust und Liebe zur großen Sache des Proletariats nicht ohne Früchte bleibe.

Neueste Nachrichten.

Eine neue Marokkokrise.

Der Kaiser „Armys“ bespricht aus Anlaß der Kaiserlichen des Algeriens zu Nisan el Nisan el Wiliani die Verantwortlichkeit der heutigen Abreise des französischen Gesandten Talwacher nach Fes und sagt, die öffentliche Meinung Frankreichs möge die nächsten Ereignisse mit Ernst aber ohne Beunruhigung ins Auge fassen. Sobald sich die französische Gesandtschaft in Sicherheit in Tanger befinden werde, wohin sich auch der englische Gesandte begeben dürfte, werde Frankreich einen Beweis seiner Energie geben, ohne Unbesonnenheit, aber auch ohne Schwäche.

Das Friedensfest.

Aus Portsmouth, 5. September, wird gemeldet: Im Marinearsenal abgeleitete Schiffe gaben Kunde von der Unterzeichnung des Friedensvertrages, die nach amtlichen Mitteilungen um 3.47 Uhr vollzogen wurde. Die letzte halbe Stunde vor der Unterzeichnung wurde mit dem Verlesen des Vertrages ausgefüllt. Unmittelbar nach Abgabe der Saluttschüsse erlangen die Glocken aller Kirchen von Portsmouth, Newcastle und Ritters. Das Geklot dauerte zehn Minuten. Allenfalls wurden Flaggen gehißt. Wie die „Morning Post“ aus Portsmouth meldet, hielt nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages Baron von Rosen und Baron Komura Neben, in denen sie beide Länder zum Abschluß des Friedens beglückwünschten und der Hoffnung Ausdruck gaben, daß nunmehr dauernder Friede zwischen beiden Nationen herrschen werde.

Im Sankhaus.

In Ekkis und Valu miltet der Kampf zwischen den einzelnen Nationen, sowie auch zwischen Militär und Volk mit erneuter Kraft. Die Toten zählen nach Hunderten. Anführer des Gemeindefest wieder die Polizei.

Schluss des rebellanten Teiles.

Veranigungen.

Scala, Nikolaistraße. Da am letzten Sonntag Hunderte umflehren mußten, ohne Platz zu bekommen, werden während des Kampfes der Budepeller auch Sonntags-Nachmittagsvorstellungen stattfinden. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, um den Andrang an der Abendssalle zu vermeiden, daß tagsüber im Zigarerengelicht von Primis, Nikolaistraße 27 (Theaterhof), sowie in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften Billets zum referierten und nummerierten Sprechst. zu ermäßigten Preisen zu haben sind. Die Vorstellungen beginnen Wochentags präzis 8 Uhr.

Ständesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. II. Walter, S. des Waffensers Carl Gufmann, 2 Mon. — Jona L. des Arbeiters Max Hoffmann, 8 Mon. — Hanshüterwitwe Franziska Krug, geb. Lemberg, 69 J. — Wilhelm, S. des Arbeiters Wilhelm Marcano, 15 Tage. — Arbeiterwitwe Susanna Göbel, geb. Köhner, 78 J. — Ledige Schneiderin Anna Jawe, 28 J. — Seminar-Oberlehrer a. D. Leopold Heimg, 76 J. — Kaufmannsrau Agnes Thomale, geb. Repp, 49 J. — Steuer-ehrenerwitwe Ernestine Rudolph, geb. Neff, 73 J. — Gelegenheitsarbeiter Hugo Volkmer, 50 J. — Gärtnergehilfe Heinrich Demmig, 40 J. — Pächterknecht Paul Weiner, 51 J. — Kaufmann Stamklaus Goldschmidt, 42 J. — Helene, L. des Hilfsmonteurs Hermann Fichte, 8 Mon. — Erna, L. des Schneidermeisters Josef Ghmel, 16 J. — Max, S. des Hilfsarbeiters Erich Weide, 2 W. — Vorkassierer Karl Peter, 82 J. — Led. Näherin Alma Grubler, 26 J. — Vorkassierer Rudolf Peiser, 68 J. — Margarete, L. des Kellners Wilhelm Tschelchorte, 11 W. — Hedwig, L. des Volksschullehrers August Stephan, 11 W. — 17. Wilhelm, S. des Mittelschullehrers Wilhelm Endler, 1/2 Stunde. — Reinhold, S. des Heizers Max Seibert, 4 Mon. — Bern. Kaufmann Bertha Silberfeld, geb. Heilborn, 73 J. — Walter, S. des Schlossers Adolf Scheurell, 3 J. — Bremerfrau Susanna Schönfelder, geb. Kemmel, 62 J. — Typser Bernhard Schimmel, 46 J. — Kaufmann Josef Reich, 56 J. — Emilie Ritsche, ohne Beruf, 17 J. — Hans-Joachim, S. des Malers Adolf Böhm, 4 Wochen. — Hilfsgerichtsdiener Karl Hode (Hude), 48 J. — Martha, L. des Schlossers Gustav Bedmann, 16 J. — Anführerwitwe Emma Lehmann, geb. Streich, 81 J.

Briefkasten.

S. H. Die Adresse des Vorsitzenden des „Schleßischen Arbeiter-Sängerbundes“ ist: Tischler Seliger, Breslau X, Matthesstraße 110.
 W. M. Unsere gefrige Briefkastennotiz enthält einen Satzfehler. Es muß heißen „und allgemeine Radlerfragen“, nicht „... unter „Allgemeine Radlerfragen.“

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

5. u. 6. Sept.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Rufwärme (C.) . . .	+ 16,9	+ 14,4	+ 12,6
Luftdruck bei 0° (mm) . . .	753,1	753,1	752,4
Luftdruck (mm) . . .	8,9	10,2	9,1
Dunstfättigung (pCt.) . . .	63	84	85
Wind (0-12) . . .	NW 3	SW 1	SE 2
Wetter . . .	bedekt.	hell.	hell.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.
Gewerkschaftshaus.
 Mittwoch, den 6. September:
 Zimmerer-Verband, Bahnhalle Breslau. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung im großen Saal.
 Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Donnerstag, den 7. September:
 Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung im großen Saal.
 Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung und Vortrag. Zimmer Nr. 3 u. 4.
 Freitag, den 8. September:
 Arbeiter-Abstinenz-Bund. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 6.
 Gewerbegerichtsbefitzer. Zimmer 2.
 Sonnabend, den 9. September:
 Zimmerer-Verband, Bahnhalle Breslau. 22. Stiftingstfest im großen Saal.
 Sonntag, den 10. September:
 Streikloser. Nachmittags 2 Uhr im Zimmer 1: Mitglieder-Versammlung.
 Mitteilungen der Bezirks- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
 Bezirk III (Ober-Vorstadt).
 Sonntag, den 10. September, früh 7 Uhr: „Volkswacht“-Agitation. Treffpunkt im Distriktslokal.

Bezirk 34 und 48. Sonnabend, den 9. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahl im Bezirkslokal.

Distrikt IV (Scud-Vorkab).
Mittwoch, den 6. September, Abends 8 Uhr, im Lokal von E. Pantle, Weinstraße: Zusammenkunft der Distriktsmitglieder. Umtausch der Bibliotheksbücher. Die Mitglieder des Bezirks 56 sind hauptsächlich eingeladen betreffs Teilung des Bezirks und Neuwahl von Bezirksführern.

Distrikt X (Börsenw.-Neukirch-Billa.)
Bezirk 28. Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal, Mittwoch, den 6. September, Abends 8 1/2 Uhr.

Distrikt II und X (Nikolaitor und Börsenw.)
Die Bezirksführer werden ersucht, die Listen vom Familienausflug Donnerstag, den 7. d. M., Abends 8 Uhr, im Distriktslokal abzurechnen.

Der Ausflug der Geosien des II. und X. Distrikts mit Familie findet Sonntag, den 10. September, statt. Treffpunkt Sonntag 10 Uhr, Westpark, Abmarsch 10 1/2 Uhr. Bei unglücklicher Witterung acht Tage später.

Jauer. Große Öffentliche Volksversammlung. Freitag, den 8. September, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Gülden Adler“. Tagesordnung: Die Sozialdemokraten im Volke und im Reichstage. Referent: Reichstagsabgeordneter Heinrich Peus - Dessau. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

Hirschberg. Metallarbeiter. Sonnabend, den 9. September: Mitglieder-Versammlung in der „Andreas-Schente“ an Gannenhof. Wegen Erleuchtung wichtiger Punkte ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. Der Bevollmächtigte.

Billerthal. Öffentliche Textilarbeiter-Versammlung am Sonntag, den 10. September, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Schlüssel“ in Schmiedeberg. Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken von Billerthal und Schmiedeberg. Referent: Gauleiter Otto Freisch-Viegnitz. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: Franz Käß; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen“: i. V. Franz Käß; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Paul Böbe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schütz & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. — Nr. 11. — Seite 1 Beilage.

Am 4. d. Mts. starb plötzlich unser Kollege, der Schlosser

August Rudolf

im Alter von 29 Jahren.
Sein kollegialer Sinn sichert ihm bei uns ein dauerndes Andenken. 2278

Seine Kollegen und Mitarbeiter der Firma Albert Gassmann.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Rothkretscham.

Am 4. d. Mts. verschied plötzlich unser Mitglied, der Kontordienar 2282

Gustav Steiner

Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Zietenstr. 28, nach dem freirel. Kirchhof.

Freie Religionsgemeinde. E. V.
Das Mitglied Herr Gustav Steiner ist gestorben.
Beerdigung: Donnerstag Nachmittags 4 Uhr vom Trauerhaus Zietenstr. 28 nach dem Freireligiösen Friedhofe. 2279
Der Vorstand.

Am 4. d. Mts. verschied nach kurzem schweren Leiden unser Mitarbeiter, der Gussputzer

Julius Keil.

Das Personal der Eisengießerei
Gebr. Guttmann A.-G.,
Siebenhufenerstrasse 65. 2280

Danksagung. 2270

Für die bei der Beerdigung meines Sohnes und unseres Bruders bewiesene Teilnahme seiner früheren Kollegen vom Nikolaitor und Pöpelwitz sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Dorothea Zacher als Mutter und Geschwister.

Trauerhüte

in grösster Auswahl zu billigsten Preisen. 1993
S. Weissenberg, Schmiedebrücke 14, part., I. u. II. Etg.
Bitte genau auf Firma und Nummer zu achten.

Neu eröffnet!

Kurz-, Weiss-, Wollwaren, Trikotagen, Korsetts, Wäsche, Schürzen, Herrenartikel.

Reelle Bedienung!

Herrmann Nothenberg

Scheitnigerstr. 19.
Sie sparen Geld, wenn Sie meine Rabattmarken sammeln!!! 2275

Neben der guten Schuhquelle!

Kopflinse radikal mit **Schnapp**
à Flasch. 50 Pfg. 1994
zu hat. i. Drogerie. Haupt-Depot: Apoth. F. May, Alsenstr. 36

August Heyne

Rohtabakhandlung

BRESLAU 2116
Karlsstraße Nr. 27 (Sechschule).

Love-Theater.

Mittwoch: „Geographie und Liebe.“
Donnerstag: „Wann wir altern.“
Freitag: „Wann wir altern.“
„Anale.“
„Angele.“

Liebich's Etablissement

Telephon 1646
Ernest Thoma, Illusionist.
Luft-Ballet **Grigolatis.**
Riogoku! die unvergleichlichen „Japaner“.
Willi Prager etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Zimmener Garten).
12 Attraktionen 12 unter anderem:
Capt. Rudolf's Wunder-Elefanten.
Sons wochentags gültig.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Konzerthaus Flora.

Hr. H. Kralnsik.
Die Winter Saison ist eröffnet
in dem gegenwärtig besten
Damenorchester „Koschinka“.
Entree frei.

Pfandleihe Münzstr. 2 G. Freundt. 1771
Auswärts briefl.

Selowsky's

Bolero allerfeinste 2 Pf.-Zigarette 2281
Zenith erstklassige 3 Pf.-Zigarette

Die Forderungen unserer Arbeiterschaft sind voll u. ganz bewilligt.

P. Posener

„Zur guten Schuhquelle“
Große Scheitnigerstraße 19, Ecke Hirschstraße.
Warum? vergrößert sich täglich mein Kundenkreis!
Darum! Weil ich nur beste, haltbarste Waren bei streng reell. Bedienung führe!

Pfänder-Auktion 2271
d. 14. September 1905, b. 3. Nr. 62137
H. Schütze, Paulstraße 26.
Elegantes Sofa und Bettstelle billig zu verkaufen. 2204
Biancastraße 24, partierre.

Günstige Gelegenheiten f. Brandente!
Einige Zimmer Möbel in Aufbaum, auch einzelne Stücke, Sofa, Sessel, Spiegel, Schreibtische, Stühle, Bettstelle mit Matratze, Waschtische, Küchengeräte werden sehr billig verkauft **Carlsstrasse 23, II.** 2197

Zeltgarten

Hr. H. Kralnsik.
Sonts Mittwoch:
Ringkampf
zwischen G. Stränge und dem phänomenalen Bretzinger v. America **Charles Fongler.**
Dazu das ganz neue Programm.
Entree 20 Pf., Res. 30 Pf.
Bei unglückl. Witterung im Saal.

Die **Blau Grotte v. Capri** (Zeltgarten-Tunnel) ist eröffnet.
Damenorchester **Lasch.**
Entree frei!
Sehen und staunen.

Palmengarten
Hr. H. Kralnsik.
Die Brachidekoration **Venedig in Breslau** ausgeführt vom Theater- und Dekorationsmaler des hiesigen Stadttheaters.
Herrn **Jos. Bonesch.**
2 Kabinen: „Naupold“
Italienische Gesellschaft **„La Fortuna“** mit der bildschönen Neapolitanerin.
Neue Bedienung.
Entree 10 Pf. Anfang 7 Uhr.

Zurückgekehrt 2276
Dr. Zweig.

SCALA

Nikolaitorstrasse 27.
Täglich im Saal:
Original Budapest.
Sonts 2 Poffen:
Ein Schmock.
Aron Gansl
auf Brauttschau, dazu Spezialitäten.
Anfang präzis 8 Uhr.

Joppen-Schneider
Sucht Stark, Wallstr. 17. 2277

Auch gegen bar!

Halt

auf **Kredit**

1 Zimmer Anzahl.	7 Mk.
2	14
3	22
4	30

Einzelne Möbel, Polstersachen, Kinderwagen, Sportwagen, Nähmaschinen, Anzüge, Paletots, Damen-Konfektion, Manufakturwaren etc., etc. 2278
mit kleinster Anzahlung. Katalog gratis u. franko. Kredit auch nach auswärts. Sonntags geöff. 8-9, 11-2.

Reste

Samt-Velours
Kleiderstoffe
Hosen und Anzugstoffe
Astrachan, Breitschwanz
Capesstoffe
Shirting, Linon,
Schweizer Stickereien,
Gardinen u. Vorhangstoffe
am billigsten
Carlsplatz 3,
1 Treppe.

S. Osswald,

Breslau,
Schuhbrücke 74,
I., 2., 4. Et.

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Best 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

Möbel

Anzüge

Ueberzieher

auf Teilzahlung

Nachweislich kleinste
Anzahlung in
Breslau
Max Biermann,
Ring 51, erste Etage
(neben der Stadtgasse).
Filiale
in 2279
Waldenburg i. Schl.
Auswärts franko.

Hüte

neueste Façons
Fitz, Plumes, Chenille
am billigsten
Carlsplatz 3,
1 Treppe.

Laferme-Zigaretten.

Reform Nummer Eins	10 Stück	10 Pfg.
Reform Nummer Zwei	10 Stück	20 Pfg.
Reform Nummer Drei	10 Stück	30 Pfg.

Vorzüglich, preiswert u. überall zu haben.

Der Friede perfekt.

Der Friedensvertrag zwischen Rußland und Japan ist Dienstag Nachmittag 3 Uhr 52 Minuten unterzeichnet worden.

In einem Telegramm des „Matin“ aus Portsmouth wird der Inhalt des russisch-japanischen Friedensvertrages wie folgt angegeben:

In der Einleitung wird die Namensliste der Friedensunterhändler aufgeführt und festgestellt, daß eine Einigung zwischen ihnen erzielt worden ist.

Artikel 1 stellt die Wiederherstellung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Herrschern, den Staaten und den Untertanen beider Länder fest.

Artikel 2: Rußland erkennt an, daß vom politischen, militärischen und verwaltungsrechtlichen Standpunkte aus die Interessen Japans in Korea vorherrschend sind und wird sich nicht Maßnahmen zur Leitung des Schutzes und der Aufsicht widersetzen, die Japan in Korea in Uebereinstimmung mit der fortautlichen Regierung anzuordnen für nötig erachtet.

Artikel 3 setzt gleichzeitig die Räumung der Mandchurie auseinander. Die dort durch Privatleute erworbenen Rechte bleiben unberührt.

Artikel 4: Die russischen Fischrechte auf Part Archipel, Dalien und die angrenzenden Gebiete und Gewässer gehen gänzlich auf Japan über.

Artikel 5: Rußland und Japan verpflichten sich gegenseitig, den alle Nationen in gleichem Maße berührenden Maßnahmen, die China zur Hebung des Handels und der Industrie in der Mandchurie treffen könnten, keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen.

Artikel 6: Die mandchurische Eisenbahn wird bei Kuang Tscheng Tie zwischen Rußland und Japan geteilt. Beide Abschnitte dürfen nur im Interesse des Handels und der Industrie verwendet werden.

Artikel 7: Rußland und Japan verpflichten sich, ihre Bahnanlagen bei Kuang Tscheng Tie zu verbinden.

Artikel 8: Die Teilrechte müssen derartig verwalten werden, daß dem Handelsverkehr zwischen ihnen keine Schwierigkeiten entstehen.

Artikel 9: Rußland tritt an Japan den südlichen Teil von Sachalin bis zum 50. Breitengrad mit den Inseln, die dazu gehören, ab.

Artikel 10 präzisiert das Verhältnis der russischen Untertanen im südlichen Teil von Sachalin. Die freien russischen Ansiedler behalten alle Rechte, ohne die Nationalität zu ändern.

Artikel 11: Rußland verpflichtet sich, einen Vergleich abzuschließen über die Fischereirechte der Japaner im Ochotskischen und im Behringischen Meer.

Artikel 12: Rußland und Japan verpflichten sich, den Handelsvertrag, wie er vor dem Kriege bestanden hat, zu erneuern mit einigen Abänderungen, darunter besonders die Bestimmung, daß Rußland und Japan sich gegenseitig die Rechte der meistbegünstigten Nation zugestehen.

Artikel 13 verpflichtet Rußland und Japan zur gegenseitigen Rückgabe der Kriegsgefangenen und zur gegenseitigen Bezahlung der ihnen für den Unterhalt der Gefangenen entstandenen wirklichen Kosten, die durch Belege nachgewiesen werden müssen.

Nach Artikel 14 ist der Text des Friedensvertrages für die Russen in französischer, für die Japaner in englischer Sprache anzufassen. In Zweifelsfällen soll der französische Wortlaut als maßgebend gelten.

Artikel 15 bestimmt, daß die Herrscher beider Staaten die Ratifikationen des Vertrages innerhalb fünfzig Tagen gegenseitig zu tauschen sollen.

Ueber die Cholera

Heute folgendes zu berichten:

Die „Thornher Presse“ meldet: In der Nacht zum 5. d. M. ist ein aus Polen eingetroffener Zugführer unter Cholera verdacht erkrankt und bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus gestorben.

Das Generalkommando in Tarnobrzeg ordnete an, daß die Arbeiten zur Festungsarbeiten in Tarnobrzeg bis auf weiteres einzustellen sind. — Wie aus Kasan gemeldet wird, befinden sich die in Warnikeln an der Cholera erkrankte Frau Dubetz, sowie das Kind des Ehepaars Dudden in Paris auf dem Wege der Besserung, das Kind und die Pflegefrau desselben wurden zum Zwecke weiterer Beobachtung von Paris nach Warnikeln gebracht.

Die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ melden: Neue choleraverdächtige Erkrankungsfälle aus dem Regierungsbezirk Marienwerder sind nicht gemeldet worden.

Nach einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Zusammenstellung sind vom 4. September bis 5. September Mittags im preussischen Staate elf Erkrankungen und ein Todesfall an Cholera amtlich gemeldet worden.

Wie aus Thorn gemeldet wird, hat das bakteriologische Institut in Berlin mitgeteilt, daß bei dem erkrankten Pionier der Festungsarbeiten in Tarnobrzeg Cholera vibriationen festgestellt wurden.

Seit dem 4. d. M. ist im Gouvernement Warschau, in allen Orten an der preussischen Grenze, sowie in Alexandrowo wegen der Cholera Gefahr Ueberwachung, ärztliche Untersuchung und Quarantäne angeordnet worden.

In einem ersten Zusatzartikel wird bestimmt, daß die Räumung der Mandchurie durch die beiden Armeen innerhalb 18 Monaten vollendet sein muß, und zwar sollen die Truppen der ersten Linie den Anfang machen.

Nach einem zweiten Zusatzartikel soll die Absteckung der Grenze zwischen den Japanern und Rußland gebürtigen Teilen der Insel Sachalin durch eine besondere Kommission an Ort und Stelle erfolgen.

Zimmer noch Waffenbrüderschaft!

Einer Petersburger Meldung zufolge ließ Wilhelm II. dem dortigen Leibgarderegiment, dessen Chef er ist, anlässlich des Regimentsfestes auf ein Begrüßungstelegramm die folgende Drahtantwort zugehen:

„Ich danke aufrichtig für den Gruß, der mir vom Regimentskommandeur General von Ocker übermittelt wurde, und erwidere denselben von ganzem Herzen. Meine warmsten Glückwünsche geleiten das Regiment in diesen schweren Tagen. Mögen in denselben nach wie vor seine Traditionen und der Geist fortleben, welche einst unsere alte Waffenbrüderschaft schufen, deren höchster Ausdruck in grenzenloser Ergebenheit für den Zaren auf Tod und Leben besteht. Ein „Hurra“ dem ruhmvollen Regiment! Wilhelm I. R.“

Daß wir über Rußland und den Zaren eine andere Meinung haben, wissen unsere Leser. Es ist uns neu, daß deutsche Landeskinder dem Zaren „grenzenlose Ergebenheit auf Tod und Leben“ entgegenbringen sollen.

Das englisch-japanische Bündnis.

Gleichzeitig mit der Nachricht über den Abschluß der Friedenspräliminarien in Portsmouth teilten einige englische Blätter mit, daß England und Japan ihren im Januar 1902 abgeschlossenen Vertrag erneuert und erweitert haben.

Die Erneuerung war schon am 12. August zustande gekommen und ist vorläufig nur in ihren wesentlichsten Zügen bekannt. Der ursprüngliche Vertrag bezog sich auf Ostasien. Der neue Vertrag ist auch auf Mittelasien ausgedehnt worden.

Der Antrag auf Ausdehnung des Vertrages kam von der japanischen Regierung, die wohl einsieht, daß der ursprüngliche Vertrag einseitig zu ihrem Nutzen gewirkt hat.

Denn nur dieser Vertrag hat es ihr ermöglicht, ruhig in den Krieg gegen Rußland zu gehen und in den ungeklärten Genuß der gewonnenen Früchte zu gelangen.

Dagegen hat der neue Vertrag den Haß der russischen Politik gegen England noch verstärkt. Eine weitere Folge dieses Krieges kann darin bestehen, daß Rußland in seinem Suchen nach einem freien Zugang zum Weltmeer sich dem Persischen Meerbusen zuwenden wird.

Im Mai 1903 hat aber die englische Regierung durch Lord Lansdowne erklären lassen, daß sie dort eine Störung des status quo nicht dulden könnte.

Dann fürchtet England, daß die russische Regierung gegen Afghanistan vorgehen könnte, um sich an England wegen dessen Verbindung mit Japan zu rächen.

Denn es ist sicher, daß Japan nicht in den Krieg gegangen wäre, wenn es nicht auf englischen Beistand beim Friedensabschluss hätte rechnen können.

In Japan ist die Dankbarkeit gegen England sehr groß und man will diesem Gefühle durch Taten Ausdruck geben. Die japanische Regierung hat sich deshalb bereit erklärt, England militärischen Beistand zu leisten, wenn es in Mittelasien angegriffen werden sollte.

Aus aller Welt.

Gerüstesturz. Durch den Einsturz eines Gerüsts wurde der 53jährige Schlossermeister Heinrich Lustig in der Chemischen Fabrik von Kahlbaum in Adlershof zu Berlin schwer verletzt.

Durch ein Gespann des kaiserlichen Markstalls wurde in Potsdam ein sehr schwerer Unfall herbeigeführt. In der Kronprinzentrage hielt ein sogenannter Einwärtswagen vom Neuen Palais, die beiden Kutscher hatten sich während dieser Zeit in ein Restaurant gegeben.

Folgeschwere Entgleisung. Ein Eisenbahnzug ist bei Furmerend in Nordholland entgleist. Eine Person wurde getötet und etwa zwölf verletzt, davon zwei schwer.

Im Streite erschossen. Aus Witten wird gemeldet: In der Wirtshauswirtschaft von Maß im nahen Bommern gerieten etwa zehn Italiener in Streit. Der Wirt forderte sie auf, das Lokal zu verlassen, was nicht geschah.

Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß „Krafft“. Der Magdeburger „Bla.“ wird aus Detmold gemeldet: In der Sitzung des Landgerichts beantragte der vorstehende Richter, dem Antrag der Frau Krafft auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattzugeben.

Das Wortes gekündigt. In der Arbeiterzeitung in Spandau, der vor sechs Wochen zugleich mit dem Arbeiter „Horn“, unter dem dringenden Verdachte verhaftet worden war, dem Pöbel vorzuführen, auf der Straße nach aufzulauern und

die Mandchurie wirtschaftlich zu erschleichen. Für die politische Zukunft Afriens kann es eine Bedeutung haben, deren Tragweite sich noch gar nicht voraussehen läßt.

Das neue Bündnis kann aber auch dazu führen, daß Rußland sich wieder der alten orientalischen Frage zuwendet, um die Darbanellen in seine Gewalt zu erhalten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. September.

Der Arbeiter und die Fleischnot.

Ein niederösterreichischer freimüthiger Arbeiter, der sein Brot in harter Arbeit am Ambos verdient, schreibt der „Berl. Volksg.“:

Mit schweren Sorgen steht die ärmere Bevölkerung Schlesiens dem Winter entgegen. Die Fleischpreise haben eine so enorme Höhe erreicht, daß es der Arbeiter kaum mehr möglich ist, Fleisch zu kaufen. Hatte der Arbeiter früher nur drei, höchstens vier Pfund Fleisch zum Mittagessen, so muß er jetzt für denselben Betrag nur noch ein Pfund kaufen.

Der Minderverbrauch an Fleischwaren werden auch die Fleischer sehr gut gewahrt. Arbeiterfrauen kommen Wochentags sehr selten nach Fleisch, und dann verlangen sie nur für 15 oder 20 Pfennige.

Für 15 Pf. Fleisch, ausgerechnet 83/4 Gramm, das ist der Fleischverbrauch einer Arbeiterfamilie, und diesen infolgedessen Genuß hat sie wöchentlich nur zwei- bis dreimal.

Nur ein Wahnsinniger wird behaupten wollen, daß eine Familie sich an 83/4 Gramm Fleisch sattessen kann. Wenn die Arbeiterfrau Fleisch kauft, so tut sie es nur, um die Speisen etwas schmackhafter zu machen. In Wirklichkeit ist jeder froh, wenn er seinen Hunger mit einer geringen Menge Kartoffeln stillen kann.

Um das Maß der allgemeinen Not aber voll, zum Überlaufen voll zu machen, sind auch alle anderen Lebensmittel, die einigermaßen als Ersatz für Fleisch gelten können, infolge verstärkter Nachfrage enorm im Preise gestiegen.

So steigen alle Nahrungsmittel langsam, aber sicher: nur das Einkommen des Arbeiters steigt nicht, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo er seinen Schmachtriemen enger und enger werden lassen muß. Doch eine Fleischnot besteht nach Ansicht des Landwirtschaftsministers nicht. Er kritisiert sie für ihn erst dann, wenn eine offensichtliche Hungersnot ihre Opfer fordert?

Der Schreiber dieses Briefes hat zwar recht, die Not der Arbeiter steigt andauernd, aber was braucht sich unsere Regierung darum zu kümmern? Hat sie sich bei Eingebung des Zolltarifs darum gekümmert? Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein, auch die Befreiung aus dem Druck der junkerlichen Raubpolitik!

Das Grab im Meer. Das Viermastschiff „Robert Rimmers“, das im hinesischen Meer verunfallt im Oktober des vorigen Jahres mit Kapitän Winkler und 26 Mann untergegangen ist, wurde vor dem Seeamt durch folgenden Bericht für verschollen erklärt:

Der Viermaste Robert Rimmers, Heimathafen Bremerhaven, Rhederei Rimmers Reismühlen, Kapitän Winkler, ist am 14. Juni 1904 von Philadelphia nach Sioago mit einer Ladung Stahlgüter versegelt, jedoch im Bestimmungshafen nicht eingetroffen.

Das Schiff ist dabei mit seiner gesamten Beladung als verschollen und verloren zu betrachten. Es ist anzunehmen, daß das Schiff einem Ende Oktober 1904 in der Nähe der Malakkastraße, in welcher Gegend sich der See der dort befindlichen Wälder, beobachteten außerordentlich starken Taifun zum Opfer gefallen ist.

Strafe böser Weiber. In dem Dortmunder Stadtrecht, welches aus dem dreizehnten Jahrhundert stammt, befindet sich folgende Verordnung: Wenn sich zwei Weiber streiten oder schlagen, oder mit unehrenhaften Reden scheitern, so sollen sie zwei Steine, die zusammen hundert Pfund wiegen, durch die Stadt tragen.

Litteratur.

„Sassale als Sohn und Bruder.“ — so könnte man die Sammlung von Briefen Sassale's auch betiteln, die soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts unter dem Titel:

„Intime Briefe Sassale's an Eltern und Schwester“ Herausgegeben von Edward Bernstein erschienen sind.

Es sind im ganzen 112 Briefe, die Sassale teils an seine Eltern, teils an seine einzige Schwester geschrieben hat und sie decken, ohne vollständig zu sein, die ganze Periode von Sassale's Knabenjahren bis zum Vorabend seines Todes.

Das Buch kostet 3 Mk. und ist in allen Partei-Buchhandlungen zu haben.

Die erste Sitzung in der Sache, welche sich nach dem vorliegenden Bericht an dem 1. März 1894 in der Sitzung des Reichstages abgehalten wurde, ist die wichtigste Sitzung der Reichstags-Sitzung des Jahres 1894. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten.

Reichstags-Sitzung

Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten.

Reichstags-Sitzung

Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten.

Bei der Beratung dieses Gesetzes kamen nun ein Teil, aber ein sehr kleiner Teil, der die Resolutionen, die in der Beratung gelangt waren, als weniger wichtig als die Resolutionen, die zum Reichstags-Gesetz wurden, an. Die Resolutionen, die in der Beratung gelangt waren, als weniger wichtig als die Resolutionen, die zum Reichstags-Gesetz wurden, an.

Reichstags-Sitzung

Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten.

Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet und wurde von dem Reichskanzler geleitet. Die Sitzung wurde von 10 bis 12 Uhr abgehalten.

Betrieb, in welchem die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden. Die Resolution wurde ausführlich von unserem Fraktionsredner begründet, dem Reichstag aber abgelehnt. Weiter wurde von unserem Fraktionsredner die Lage der Bureauangestellten in Privatbetrieben zur Sprache gebracht. Hier handelt es sich um qualifizierte Arbeiter, von denen man gemeinhin immer noch annimmt, sie würden besser bezahlt. Fast unglaublich erschien die Angabe der Saläre, und dabei kommen Leute in Betracht, die keineswegs sogenannte Schreibbuben sind, sondern verheiratete Männer in sehr verantwortungsvollen Stellungen. Die Marierung der wirtschaftlichen Lage dieser Bureauangestellten von seiten unseres Redners fand ihre volle Bestätigung durch eine Mitteilung seitens der Bureauangestellten mit einer sehr umfangreichen und gewissermaßen aufgenommenen Statistik. Die Leute haben sich vergeblich um Verbesserung ihrer Lage bei ihren Arbeitgebern bemüht (es kommen namentlich Rechtsanwälte und Notare in Betracht), allein diese Herren lassen sich auf nichts ein.

Dann wurde auch wieder die so dringende und zwingende Frage des Bauarbeiterstreiks von unserer Fraktion zur Sprache gebracht. Unser Redner führte den Nachweis, wie die Unfälle sich mehren und forderte die Teilnahme von Bauarbeitern an der Kontrolle. Auch wurde zur „Freude“ der Agrarier die Kinderausbeutung auf dem Lande einer scharfen Kritik unterzogen. Eine sehr scharfe und langausgehende Diskussion wurde durch den der Freisinnigen Volkspartei angehörenden Abgeordneten Mugdan provoziert. Dieser beschuldigte unsere Parteigenossen in den Krantenkassen-Verwaltungen, daß sie ihre Stellungen für die Parteinteressen mißbrauchten, und gegen Nichtsozialdemokraten einen überhöhten Terrorismus ausübten. Durch den Herrn wurde der Liberalismus wieder in seiner ganzen Glorie illustriert. Herr Mugdan weiß ganz genau, welche Feindseligkeit in Unternehmertreuen sowohl als bis zur Regierung hinauf gegen die Selbstverwaltung der Kreise vorhanden ist. Die ganzen Ausführungen des Herrn Mugdan waren aber selbst nur ein Angriff gegen die Selbstverwaltung. Unsere Fraktionsredner brachten den Nachweis, daß er seine schweren Anschuldigungen gegen unsere Genossen nicht hat beweisen können. Wer die Diskussion aufmerksam verfolgt hat, wird mit uns der Ansicht sein, daß Herr Mugdan nicht als Sieger aus der Redeschlacht hervorgegangen ist. Dafür aber ist er nach Schluß des Reichstages zum Sanitätsrat ernannt worden.

Etat des Reichsjustizamts

Der für die deutsche Justiz so blamable und schimpfliche Königsergeß-Prozess im Dienste Russlands wurde noch einmal besprochen. Es wurde der Nachweis geführt, daß der Prozess auch in formal-juristischer Beziehung in einer Weise geführt worden ist, die wohl einen Vergleich mit russischen Verhältnissen möglich macht, aber nicht in einem Lande vorzunehmen sollte, das Anspruch erhebt auf eine geordnete Rechtspflege. Am Regierungstisch schrie man sich gegenseitig über den Vermissen aus. Es war auch wohl das einzige Mögliche, was der Staatssekretär von Niederbding tun konnte. Und wenn heute eine amtliche Verfügung ergangen ist, die dahin geht, daß man bei solchen Anlässen keine Heberfahrungen von auswärtigen Konsulaten einholen soll, so gibt man den schmachvollen Reinsfall amüßig an. Es wurde weiter der Nachweis geführt, daß nur zwischen Ländern ein Gegenseitigkeitsverhältnis bestehen kann, so die rechtlichen Verhältnisse des anderen Landes kontrollieren zu können. Diese Voraussetzungen treffen auf Russland nicht zu. Selbst wenn dort ein Gesetz erlassen ist, so kann es jederzeit durch Geheimverfügung wieder aufgehoben werden. Aus

Also auch hier handelt es sich in der Etatsdarstellung lediglich um eine bewußte finanztechnische Verschiebung, die die wahre Finanzlage verdecken soll. Wenn man sich nun das wahre Gesamtbild der Finanzlage klar vor Augen führt, so sollte man meinen, daß die Regierungen und die bürgerlichen Parteien des Reichstags zu der Einsicht gelangen müßten, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß endlich Umkehr von einer Politik gemacht werden muß, die trotz der ungeheuerlichen Belastung des Volkes durch indirekte Steuern und Bölle, zur dauernden Finanzklemme und zum steigenden Schuldenmachen führt. Der Reichsfinanzsekretär stellte sich dann die Frage: wie ist da herauszukommen? Und die Antwort, die er sich gab, lautete: „Eins der vornehmsten Mittel, seine Finanzen zu bessern, ist ganz zweifellos — das ist eine alte Erfahrung — die Sparsamkeit in den Ausgaben.“

Es unterliegt also keinem Zweifel, Herr v. Stengel kennt das Mittel, um aus der Misere herauszukommen. Hat er nun das Mittel angewandt oder wollte er es anwenden? Hören wir, was er uns weiter über diesen wichtigen Punkt erzählt: „Ich kann dem hohen Hause versichern, daß ich von dem ersten Tage an, an dem ich in dieses mein Amt eingetreten war, es für meine erste Pflicht erachtet habe, hinzuwirken auf Sparsamkeit in allen Zweigen der Reichsverwaltung. Aber in den Haushalten der Staaten und insbesondere in dem Haushalt des Reichs mit seinen großen verfassungsmäßigen und sonstigen gesetzlichen Aufgaben, sind der Sparsamkeit auch Grenzen gezogen, unter die nicht heruntergegangen werden kann, wenn nicht das Ganze Schanden werden soll. Das gilt nicht zum mindesten von den sogenannten Machtausgaben des Reichs, d. h. von dem Aufwand für die Erhaltung und für die notwendige Fortentwicklung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande.“

Wir hören hier aus dem Munde des Herrn v. Stengel das jetzt nachgerade satfam bekannte Sprüchlein. Hören wir den Herrn Kriegsminister, so versichert auch er, weise Sparsamkeit zu üben. Ja, die gesamten Ressortchefs der Reichsverwaltung sind in der Abgabe dieser Versicherung durchaus solidarisch, nur der Reichskanzler hat darüber nichts verlauten lassen. Auch die Gegner der bürgerlichen Parteien sagen das Sprüchlein von der Sparsamkeit her. Wer soll es ihnen noch glauben? Es ist doch eine sehr sonderbare Sparsamkeit, bei der die indirekten Steuern und Bölle fortgesetzt sich sehr vermehren und auch noch die Schulden ins ungemessene wachsen. Es gibt drei Etats, wo wirklich gespart werden könnte; das ist beim Militäretat, beim Marineetat und dem Kolonialetat. Der Militäretat zu Wasser und zu Lande, er ist der Nimmerstatt, das gefürchtete Ungeheuer, dem alles geopfert werden muß. Daran kann aber nicht gespart werden, sagt Herr v. Stengel; gleicher Meinung sind die verbündeten Regierungen und die herrschenden Klassen. Aufgabe unserer Partei ist es, diesen unabweisbaren Willen immer weiteren Kreisen der arbeitenden Masse, das heißt alle Lasten zu tragen hat, zum Bewußtsein zu bringen. Sehr beachtenswert führte der Reichsfinanzsekretär auch noch aus: „Eine verhältnismäßig sehr bedeutende Steigerung haben im Etat der Reichsjustiz die Zinsen erfahren, die bei einem bisherigen Jahresbetrag von 104 180 000 Mark um 8% Millionen höher angelegt sind.“ Unser Fraktionsredner zum Etat sprach dann noch offener wie der Staatssekretär. Er wies nach, daß Regierung und Mehrheitspartei sich nicht damit entschuldigen könnten, daß sie nicht gewußt hätten, daß ihre verwerfliche Politik mit Notwendigkeit dahin führen müßte, wo wir jetzt angelangt sind. Gerade von seiten der Sozialdemokraten im Reichstage ist fast unablässig bei Beratung des Etats mit aller Schärfe und Deutlichkeit diese ganze Wirtschaftskatastrophe worden, festgelegt auch unser Fraktionsgenosse die Ausrufung des Abgeordneten

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Die Militärvorlage

Schon im vorigen Jahre wurde eine neue Militärvorlage angekündigt; man erklärte jedoch, da die Finanzlage des Reiches nicht günstig sei, dieselbe zurückstellen zu wollen. Es wurde nur die Friedenspräsenz auf ein Jahr verlängert. Nun ist aber die Finanzlage im laufenden Etatsjahr um kein Notat besser; allein weiter wie ein Jahr würde die Gehalts der Kriegsverwaltung nicht. Die Militärvorlage forderte die Erhöhung der Friedenspräsenz auf 10339 Mann. Die Durchführung dieser gesetzlichen Maßregel soll bis zum Jahre 1910 vollendet sein. Sie wird an einmaligen Ausgaben 100 1/2 Millionen Mark kosten, und an fortwährenden Ausgaben jährlich 16 Millionen Mark. Die Regierungsvorlage legt zu ihrer Begründung dar, dass sie bei jeder neuen Militärvorlage zu hören bereits gewohnt sind. Man kommt unwillkürlich zu der Anschauung, als habe man in der Reichsdruckerei die Chronikblätter für die Begründung aufbewahrt. Nun sind freilich seit der Militärvorlage von 1893 und heute doch Ereignisse in der Weltgeschichte eingetreten, von denen man glauben sollte, sie wären auch für die Militärverwaltung nicht unbedeutend. Allein für die Militärverwaltung sind diese Ereignisse in Ostasien nicht von der Bedeutung, dass sie ihre Pläne und Absichten beeinflussen könnten. Auch was die Forderung der Kavallerie betrifft, läßt sie sich nicht irren machen. Auch der Redner vom Zentrum konnte diesmal nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß der Wert der Kavallerie im heutigen Kriege sehr problematisch sei. Gleichwohl hat das Zentrum die geforderten Schwadronen bewilligt. Sie sieht doch prächtig aus, solche Reitertruppe, sie ist zwar sehr kostspielig, allein man weiß, an welcher Stelle man diese Truppe so gern hat.

Die Vorlage wurde, in Verbindung mit einer weiteren, die auch wohl noch als Maßstab auf die Waage dienen sollte, nämlich mit der Vorlage über die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, zusammen mit dem Etat beraten. Unser Fraktionsredner kritisierte scharf die Vorlage und zeigte, wie unbegründet die Motive der Vorlage seien. Er zeigte, wie durch die Ereignisse in Ostasien die französisch-russische Allianz vollständig ihre Bedeutung verloren habe. Er gillerte eine Anzahl militärischer Hochzeiten, die die Bedeutungslosigkeit der Kavallerie im modernen Krieg an der Hand von Tatsachen nachweisen. Dann ging er auf die ungeheure weitere finanzielle Belastung ein, die doch wieder auf die Schultern der Unbemittelten gelegt werden. Es ist wohl kaum nötig zu erklären, daß wir die Vorlage rundweg ablehnten. Was die Deckungsfrage angeht, tröstete sich der Zentrumredner damit, daß nun die tragfähigen Schultern dran kommen würden und man sich von Reichsbeschlüssen trennen. Sofort kam das Echo aus dem preussischen Landtage: Reichsbeschlüsse geben nicht! Und wie äußerte sich der Reichslangier zur Deckungsfrage? Das deutsche Volk könne sehr wohl die Lasten tragen, denn es gäbe jährlich 6 Milliarden für geistige Getränke aus. Ganzwohl! Die Arbeiter sind so unglaublich leichtfertig und trinken auch noch Bier. Wie wird

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Die Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Nationalökonomie. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Schöpfer des Reichtums, aber sie erhalten nur einen kleinen Teil davon. Die Arbeiterfrage ist eine Frage der politischen Freiheit, die die Arbeiter von den Kapitalgebern trennt. Die Arbeiter sind die Basis der Nation, und ihre Lage entscheidet über den Wohlstand des Landes.

Zu dieser Resolution lag auch eine gleiche vom Zentrum vor, sie wurden daher gemeinsam beraten und angenommen. Es gelangten zur Beratung und Annahme. Insofern es sich dabei um Fragen handelte, die die Arbeiterfrage betreffen und Vorteile für dieselben boten, gelangten sie mit unserer Zustimmung zur Annahme. Die größere Anzahl der Resolutionen, vom Zentrum gestellt, hatten die Mittelstandskategorie zum Inhalt. Da wir diesen Gewinn der bürgerlichen Parteien nicht mitmachen, so beschränkten wir uns darauf, durch die Kritik diese Politik ins rechte Licht zu stellen.

Das also ist nun die ganze Ausbeute, die der Reichstag von der großen Anzahl von Resolutionen, die er zum Reichstag des Jahres gestellt hatte, zur Beratung und zur Beschlußfassung gebracht hat. Es kann also gewiß nicht behauptet werden, daß die Politik des Zentrums sich bewährt hat.

Unsere Fraktionsredner hatten bei den verschiedenen Titeln zum Etat recht viele Beschwerden und Klagen vorzubringen. Es sind meistens alte Klagen und Beschwerden, die daher stammen, daß der lahme Marren sozialpolitischer Gesetzgebung vollständig zusammengebrochen ist. Wir hörten aus den Tageszeitungen von einem Mißbrauch, der mit der Erwerbung der Kupvaliden- und Altersrente sollte getrieben werden; man sprach von einer Sucht und förmlichen Raub danach, sich in den Gemüß dieser Renten zu setzen. Was ja! sie sind auch so fett und auskömmlich, diese Renten. Die Sache sollte so schlimm sein, daß die Versicherungsanstalten an den Ruin gebracht seien. Den unterliegenden Verzicht wurde ganz offen der Vorwurf gemacht, daß sie leichtfertig Verrechnungsartefizien anstellten. Wir hörten dann, daß die Regierung tatsächlich Maßnahmen vornehmen lasse. Von seiten unserer Fraktion wurde die Regierung über diese Angelegenheit interpelliert, und unser Redner zeigte an der Hand der Rechnungsabchlüsse der Versicherungsanstalten, daß diese im Gegenteil recht erhebliche Heberische Heberische nachweisen. Der biedere Finanz- und Handwerksmeister Pauli (Polikant) war nicht wenig erfreut darüber, dem Grafen Posadowski nachweisen zu können, daß er schon in der Reichstagsitzung vom 13. Dezember v. J. ausgeführt habe, die sozialpolitische Gesetzgebung bewirkt, daß die Arbeiter leistung und schließlich darnach streben, eine Rente zu erhalten, und infolgedessen in ihrer Arbeitstätigkeit erschläft sind. Wenn selbst vom Regierungstische und zumal von dem ersten Beamten, dem die sozialpolitische Gesetzgebung anvertraut ist, solche Ansichten geäußert werden, dann braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn es nicht allein nicht vorwärts — sondern rückwärts geht.

Die Gewerbeaufsicht, deren Mangelhaftigkeit von unseren Fraktionsrednern immer und immer wieder nachgewiesen wird, sie rückt, namentlich in Preußen, nicht vom Fleck.

Unsere Fraktion brachte auch wieder den Antrag ein: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handel- und Verkehrsweisen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Ubergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgelegt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird. Zu betreiben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden, und in unterirdischen